

Liebe Freundinnen und Freunde

Wir schicken PAX AN per Briefpost an die Mitglieder der DFG-VK in Bayern und an die UnterstützerInnen des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes. Per Newsletter schicken wir dieses PAX AN auch an die Mailadressen von InteressentInnen und UnterstützerInnen der Friedenserklärung. Mit diesem PAX AN möchten wir Sie/ Euch einladen, an unseren Friedenscafés, an unseren Veranstaltungen und an der Tagung im Oktober teilzunehmen. (Siehe S.3) Wir brauchen Meinungsaustausch und gemeinsames Nachdenken über die vielen Fragen, die durch die aktuelle Kriegslage aufgeworfen werden.

Vor einigen Tagen wurde auch wieder die „Zivilcourage“, Zeitschrift des DFG-VK Bundesverbandes, verschickt. Aus diesem Anlass möchte ich darauf hinweisen, dass Themenauswahl und politische Statements in den Medien der DFG-VK nicht mit den Landesverbänden und Ortsgruppen abgestimmt sind. Diese können, entsprechend den Strukturen der DFG-VK, ihre Politik vor Ort selbstständig gestalten.

Ein beherrschendes Thema der letzten Monate ist die Abgrenzung von „Rechts“. Dazu meine nachfolgenden Thesen, die auch beim Aktiventreffen des Landesverbandes im Mai 2023 vorgetragen und diskutiert wurden.

Mit Friedensgrüßen!

Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern.

Abgrenzung - aber wie?

Nach der Annexion der Krim 2014 entstand eine „neue“ Friedensbewegung mit Montagsmahnwachen, die auch von Mitgliedern rechtsradikaler Organisationen betrieben wurden. Seither wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die Friedensbewegung „rechts“ sei? Die DFG-VK hat 2016 ein Papier „Empfehlungen zur Bündnispolitik“ verabschiedet; zusätzlich haben wir uns mit einer Erklärung des Bundeskongresses 2019 klar von der Partei AfD distanziert. Aus den „Empfehlungen zur Bündnispolitik“:

Die DFG-VK erwartet von ihren BündnispartnerInnen die Respektierung der Menschenrechte und die Achtung aller Menschen ohne Unterschied in Bezug auf Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion, Weltanschauung, sozialer

Lage, geschlechtlicher Orientierung und Nationalität. Die Politik dieser BündnispartnerInnen darf weder in ihrer allgemeinen Praxis noch im Auftreten ihrer RepräsentantInnen den Grundsatz der Gewaltfreiheit in Frage stellen.

Für die DFG-VK gibt es keinerlei Berührungspunkte mit Faschisten, in welcher Formierung und Gestalt sie auch immer auftreten. Generell auszuschließen ist ebenfalls die Zusammenarbeit mit Personen, Organisationen sowie unorganisierten Gruppierungen, die – nachweisbar – rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche und gewaltverherrlichende Aussagen treffen. Das betrifft auch Personen, Organisationen und unorganisierte Gruppierungen, die – und das muss ebenso nachweisbar sein – sich offen oder verdeckt die Option freihalten, mit Anderen zusammenzuarbeiten, die rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche und gewaltverherrlichende Aussagen treffen

(Leider wurde dieses Papier nur einmal in der Zivilcourage veröffentlicht und ist nirgends zu finden, außer auf der Seite des HNV-Bildungswerkes, unter „Pazifismus“ und „Diskussion in der DFG-VK“ : <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=26>)

Meiner Auffassung nach wäre es völlig ausreichend, auf diese Positionen zu verweisen und sich ansonsten auf die Bearbeitung der Kriegsursachen und das Aufzeigen gewaltfreier Perspektiven zu konzentrieren.

Fortsetzung auf S. 2

Wir laden ein:

Zu den Friedenscafés

zum Thema

Ukraine-Krieg und Pazifismus

am 28.7. in Ingolstadt,

am 30.7. in München,

am 5.8. in Lindau

mehr dazu auf S. 2

Zur friedenspolitischen Tagung

Wohin treibt die Welt?

Ukraine– Russland– China

am 14.10. 2023 in Nürnberg,

mehr dazu auf S. 3

zur Landesmitgliederversammlung

der DFG-VK Bayern, am 15.10. 2023 in Nürnberg, mehr dazu auf S.4

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Nürnberg

Im Bild das zerbrochene Gewehr, Symbol der Internationale der KriegsdienstgegnerInnen und der Infostand der DFG-VK Bayern mit der Parole: „Es gibt keinen gerechten Krieg!“ am Zugang zur Messe Nürnberg am 8. und 9. Juni 2023. Diese Parolen haben viele und auch produktive Gespräche hervorgerufen. Auf Seite 2 ein Bericht von Julian Mühlfellner.



Untaugliche Begriffe, wenn sie nicht näher definiert werden, sind „rechts“, „rechtsoffen“, „wissenschaftsfeindlich“, „Verschwörungsmysmen anhängend“, wie sie im Aufruf „Stoppt das Töten“ aufgeführt werden. (<https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de/>) (eine ausführlichere Kritik des Aufrufs in der langen Fassung von PAX AN.)

Eine irgendwie strukturierte Zusammenarbeit gibt es nur mit Organisationen, deren Programmatik und politische Praxis uns bekannt ist. Wenn Menschen unseren Aufrufen folgen und mit uns für Frieden eintreten, ist das zunächst mal positiv zu bewerten. Welche Einstellungen sie darüber hinaus haben, welche weltanschaulichen Auffassungen sie vertreten, ist nicht überprüfbar. Sind sie nun Verschwörungsliegende oder Verschwörungsgläubige? Wer kann das sagen? Wenn allerdings Menschen bei einer konkreten Veranstaltung antidemokratische, rassistische, nationalistische Parolen verbreiten, werden die jeweiligen VeranstalterInnen eingreifen. Wenn DemonstrantInnen gar JournalistInnen angreifen, ist das ein Fall für die Polizei. Das ist so selbstverständlich, dass wir in einem politischen Aufruf darauf keine Zeile verschwenden sollten. Meines Erachtens ist unser größeres Problem, dass ein Teil der (alten) Friedensbewegung den russischen Angriffskrieg

nicht verurteilen will; Teile der Friedensbewegung das Recht auf Verteidigung anerkennen, ohne gleichzeitig für soziale Verteidigung einzutreten; Teile der Friedensbewegung nicht klar und deutlich gegen Waffenlieferungen Stellung beziehen; Teile der Friedensbewegung die Politik der USA und der NATO gegenüber Russland und der Ukraine völlig ausklammern. Der BundessprecherInnenkreis der DFG-VK muss angesichts dieser Gemengelage Kompromisse mit anderen bundesweit tätigen Friedensorganisationen finden, die dann aber von den jeweiligen Gruppen vor Ort eventuell nicht mitgetragen werden.

Fazit: Trotz aller Unterschiede müssen wir solidarisch diskutieren, aber mit Schwerpunkt auf Gewaltfreiheit und politischen Konfliktlösungen. Also, statt zu sagen „wir sind gegen rechts“, sollten wir vorstellen, was wir als PazifistInnen auf der Grundlage der Gewaltfreiheit an Lösungen und Perspektiven anzubieten haben.

Neulich mal aufgeschnappt:

„Wir sollten uns nicht darüber definieren, ob wir für oder gegen die Ideen von anderen sind, sondern wir sollten unsere eigenen guten Ideen vertreten.“

(Das sagte am 21.4. ein sehr prominenter Minister der Berliner Kriegsregierung auf dem Parteitag)

möchten Friedensbewegte und KritikerInnen der Friedensbewegung einladen, miteinander zu sprechen.

Unsere Themen:

1. Militärische Verteidigung: Hat die Ukraine eine Wahl?
2. Waffenhilfe: Hat der Westen eine Wahl?
3. ... und wenn keiner (mehr) hingeht?

Im Anschluss an die Veranstaltungen in München und Ingolstadt wird es ein gemeinsames Abendessen geben, zu dem alle TeilnehmerInnen herzlich eingeladen sind.

Termine:

INGOLSTADT

Freitag, 28.07.23, von 17:00 – 19:30 Uhr
Jugendherberge, Friedhofstraße 4 ½

MÜNCHEN

Sonntag, 30.07.23, von 15:00 – 18:00 Uhr
Eine-Welt-Haus, großer Saal,
Schwanthaler Straße 80

LINDAU

SA.. 5.08.23, 15:00 Uhr,
friedens-räume, Lindenhofweg 25

Die Teilnahme ist frei, Spenden sind erbeten, Anmeldung unter muenchen@dfg-vk.de erwünscht. Für die Teilnahme am Abendessen ist eine verbindliche Anmeldung erforderlich, Unkostenbeitrag 8,50€.

Kirchentag in Zeiten des Krieges

Die Aktionen der DFG-VK (Bayern) am Evangelischen Kirchentag 2023 in Nürnberg haben Wellen geschlagen. Das lag unter anderem an der polarisierten Stimmung am Kirchentag, der Präsenz prominenter Regierungsvertreter*innen sowie den medienwirksamen Aktionen der DFG-VK selbst.

Kirche im Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Krieges hat die evangelische Kirchenprominenz in Deutschland die Kriegslogik der Bundesregierung fast vollständig verinnerlicht und befürwortet öffentlich Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet. So charakterisiert Annette Kurschus, die Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Waffenlieferungen als „unvermeidlich“ und als „Nothilfe“.

Der Präsidiumsvorstand des Kirchentages erklärte: „Wir sind ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukraine.“ An anderer Stelle erläuterte Kirchentagspräsident Thomas de Maizière (auch bekannt als ehemaliger Verteidigungsminister), was das für ihn bedeutet: „Zu Recht erwarten die Menschen in der Ukraine die fortwährende Unterstützung ihres Kampfes durch [...] Waffenlieferungen und militärische Kooperation.“

Die Podien auf dem Kirchentag waren derweil vollgestopft mit Regierungsvertreter*innen, inklusive Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Robert Habeck, dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, sowie diversen anderen Kriegstreiber*innen, z.B. Politikwissenschaftler Prof. Dr. Herfried Münkler, der gerne mit dem Kampfbegriff „Unterwerfungspazifismus“ um sich schmeißt.

Nur wenige führende Stimmen in der evangelischen Kirche sprechen sich noch für Gewaltfreiheit und gegen Waffenlieferungen aus. Einer davon ist der Friedensbeauftragte der EKD, Bischof Friedrich Kramer: „Müssen wir nicht um der Gerechtigkeit und Nächstenliebe willen helfen? Das ist klar. Aber auch mit Waffen? Ich sage Nein.“ Eine andere Dissidentin ist Dr. Margot Käßmann, DFG-VK Mitglied und ehemalige EKD-Ratsvorsitzende, die grundsätzlich erklärt: „Die Kirche irrt, wann immer sie Gewalt legitimiert.“

Auf dem Kirchentag war zumindest Bischof Friedrich Kramer präsent; Frau Dr. Margot Käßmann konnte sich mit dem Kirchentagspräsidium nicht über die Bedingungen ihrer Teilnahme einigen.

Insgesamt spiegelten also weder die öffentlichen Positionen der prominenten Kirchenvertreter*innen, noch das

Fortsetzung S. 3

Friedenscafé

Diskussion zum Thema

„Ukraine-Krieg und Pazifismus“

ein „World-Café“ für Friedensinteressierte

Was ist ein Friedenscafé?

Ein „World-Café“ zu Friedensfragen. Die Idee des „World-Café“ ist es, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Intensive Gespräche in kleinen Kreisen, ganz so wie im normalen Straßen-Café. Um die Diskussion zu vertiefen, wechseln die TeilnehmerInnen mehrmals die Tische, um mit möglichst vielen ins Gespräch zu kommen. Es ist ein Gesprächsraum, der es erlaubt, eigene Sichtweisen zu thematisieren und hinterfragen zu lassen, Sichtweisen anderer kennenzulernen und zu hinterfragen.

Was bezweckt das Friedenscafé?

Es will einen Beitrag zur Meinungsbildung über friedens- und sicherheitspolitische Weichenstellungen leisten. Seit dem Schock des russischen Angriffskriegs haben sich viele politisch Verantwortliche von der Abrüstungs- und Entspannungspolitik losgesagt und eine neue Aufrüstungswelle in Gang gesetzt. Für eine gesellschaftliche Debatte über Konsequenzen der verstärkten Aufrüstung wurde keine Zeit gegeben. Wir halten diese Debatte für wichtig und

Programm des Kirchentags, die Zerrissenheit der deutschen Bevölkerung – und damit höchstwahrscheinlich auch der Kirchentagsbesucher*innen – wider. Immerhin gibt in Umfragen konstant mindestens ein Drittel der Befragten an, dass ihm Waffenlieferungen zu weit gingen oder es sie grundsätzlich ablehne.

Die Spannung war also spürbar.

Diskussionen am Infostand

Ein Punkt, an dem sich die Spannung entladen konnte, war der Infostand der DFG-VK Bayern vor dem Eingang zum Messegelände Nürnberg am 8. und 9. Juni 2023. Aufgrund der günstigen Position des Infostands zwischen U-Bahn-Ausgang und Messe-Haupteingang strömten täglich Zehntausende Kirchentagsbesucher*innen an dem Stand vorbei.

Wir waren nicht zu übersehen. Neben dem Infostand und dem Pavillon mit Transparenten, die beispielsweise "Würde Jesus in die Ukraine Waffen liefern?" und "Es gibt keinen gerechten Krieg" verkündeten, stand das Aufblasgewehr der DFG-VK, mit ca. 4m Höhe und 5m Breite.

Dementsprechend machten hunderte Menschen (schätzungsweise bis zu tausend Menschen) am Infostand Halt. Am Infostand konnten sich Interessierte mit Infomaterial der DFG-VK auseinandersetzen, vor allem mit drei Flugblättern, die eigens für den Kirchentag design und gedruckt wurden: Das Flugblatt "Schwerter zu Pflugscharen", eine Neuauflage der Friedenserklärung sowie die überarbeitete und aktuelle Version des Infomaterials "Bombenstimmung".

Viele erklärten bedauernd (sinngemäß): "Eure Friedenserklärung hätte ich vor zwei Jahren sofort unterschrieben. Jetzt tue ich mir da schwer." Diese Menschen erklärten oft, dass sie angesichts des Leides in der Ukraine, mit dem sie ständig konfrontiert seien, das unbedingte Bedürfnis verspüren, zu helfen. Sie schienen oft unglücklich mit dem Hilfeleistung durch militärische Mittel, befanden sie aber dennoch als notwendig. Ihre Haltung war oft geprägt von Zweifeln und Widersprüchen.

Andere kamen an den Stand, um die Positionen der DFG-VK zu denunzieren oder Streitgespräche zu führen. Ihr Denken war oft geprägt von der Erzählung der „Zeitenwende“, einem nie-dagewesenen Bruch mit dem Völkerrecht (höchstens zu vergleichen mit den Angriffskriegen Nazi-Deutschlands). Oft wurde auch argumentiert, dass als nächstes Deutschland überfallen würde, wenn diese Aggression nicht bestraft und eingedämmt werde. Diese Diskussionen waren oft lang, laut und unergiebig.

Fortsetzung S. 4

Wohin treibt die Welt?

Ukraine- Russland- China

friedenspolitische Tagung der DFG-VK Bayern
in Zusammenarbeit mit dem HMV-Bildungswerk

Termin: Samstag, 14. Oktober 2023, 13:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort: Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Straße 6, Nürnberg
13:00 Uhr langsamer Start
13:30 Uhr Begrüßung, Formalia, Praktisches; Inhaltliche Einführung

14:00 Uhr Referat 1: Reinhard Lauterbach zum Thema:

Der Ukraine-Krieg: Eine Zwischenbilanz

Die Ukraine im Kriegszustand: Wie steht es um die Wirtschaft, die Demokratie und die Zivilgesellschaft?

Russland im Kriegszustand: Konsolidierung der Macht im Kreml oder Destabilisierung?

Die Zukunft des Krieges: Militärisches Patt? Siegfrieden? Verhandlungen?

15:00 Uhr Referat 2 – Dr. N N (angefragt) zum Thema:

Die Konfrontation des Westens mit China

„Systemkonkurrenz“ oder geopolitischer Hegemonialkonflikt?

Der Konflikt um Taiwan: Unvermeidliche militärische Konfrontation

Chinas Interessen im Ukraine-Krieg

16:00 Uhr Pause

16:30 Uhr Drei Arbeitsgruppen: Jeweils eine Arbeitsgruppe zu den Inhalten der beiden Referate, sowie eine Arbeitsgruppe zum Thema:

Möglichkeiten der sozialen Verteidigung in der Ukraine

Inputreferat von Julian Mühlfellner

Theorie der sozialen Verteidigung: Theodor Ebert & Co.

Möglichkeiten der sozialen Verteidigung in der Ukraine: Cherson und andere Beispiele

18:15 Uhr Allgemeiner Austausch der Teilnehmenden

19:00 Uhr Ende

Wir bitten um formfreie Anmeldung via E-Mail an bayern@dfg-vk.de;

Die Referate werden aufgezeichnet und über den Youtube-Kanal der DFG-VK Bayern zur Verfügung gestellt. Der Eintritt ist frei, Spenden zur Abdeckung der Kosten sind aber erbeten.

Friedenserklärung

Wir weigern uns Feinde zu sein und andere Menschen zu töten.

Wenn unsere Regierung Krieg führt, dann nicht in unserem Namen!

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit!

Im Bild einige der beim Evangelischen Kirchentag gesammelten Erklärungen.

Auf: www.friedenserklaerung.org gibt es eine Kopiervorlage



Jesu Botschaft der Gewaltfreiheit war hier kein Thema.

Wiederum andere kamen offen und aufgeschlossen an den Stand oder bekannten sich als Pazifist*innen. Sie beklagten oft die regierungsnahe Position der Kirche und des Kirchentages. Über 200 Menschen unterschrieben die Friedenserklärung der DFG-VK.

Weitere Aktionen

Vor dem Infostand der DFG-VK Bayern fand indes eine spontane Protestkundgebung gegen die von den EU-Mitgliedsstaaten beschlossene Asylreform statt, organisiert von Pro Asyl und anderen Organisationen. Weil auch die DFG-VK Bayern für die Rechte von Geflüchteten einsteht (siehe, z.B., die Erklärung zum Ukraine-Krieg: "Wir setzen uns dafür ein, dass alle Flüchtlinge, egal aus welchen Regionen der Erde, Schutz und Zuflucht erhalten."), schlossen sich Leute vom Infostand kurzerhand der Kundgebung an.

Kirche und Militär

Abgesehen vom Infostand der DFG-VK Bayern gab es eine Protestaktion anlässlich des Militärgottesdienstes am Kirchentag sowie einen Infostand zum Thema Kirche und Militär, organisiert von DFG-VK Mitglied Pfarrer Rainer Schmid. Auch diese beiden Aktionen waren überaus medienwirksam.

Friedensdemo

Zum Abschluss nahm die DFG-VK an der Kundgebung und Demonstration "Jetzt ist die Zeit für Frieden" teil, primär organisiert vom Friedensforum Nürnberg. Auf der Kundgebung sprachen Michael Käser vom Friedensforum Nürnberg (Vikar in Fürberg bei Fürth), Jacqueline Andres von IMI sowie der oben genannte Bischof Friedrich Kramer. Der Demozug umfasste mehrere hundert Menschen und zog einmal quer durch die Nürnberger Innenstadt.

Resonanz

Die Presseberichterstattung fiel umfangreich aus. Wie üblich wurden inhaltliche Themen in der Presse meist ausgeklammert. Tendenziell wurde meist nur darüber berichtet, ob und wie viel Zuspruch pazifistische Positionen auf dem Kirchentag er-

hielten, nicht darüber, was diese Positionen denn sind oder wie sie begründet werden. Eine Ausnahme war die vom BR übertragene Debatte zwischen dem bayerischen Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm und oben genanntem Friedensaktivist Michael Käser, in der es auch inhaltlich zur Sache ging.

Insgesamt waren die Aktionen am Kirchentag ein voller Erfolg.

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa

Stationen der Friedensfahrradtour von Ingolstadt nach Lindau:

Sa. 29.7., 8:00 Uhr, Ingolstadt gegenüber Wochenmarkt, Infostand und Plakataktion
Sa. 29.7., 10:15 Uhr, Manching bei Airbus Defence, Zwischenstopp mit Ansprache
Sa. 29.7., 13:00 Uhr, Pfaffenhofen /Ilm, Marktplatz, Infostand und Plakataktion
So. 30.7., 15:00 Uhr, München, Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstr. 80, Friedenscafé
Mo. 31.7., 9:00 – 10:00 Uhr, München, Treffpunkt: Am Harras
Mo. 31.7., 11:00 bis 12:00 Uhr, Starnberg, Kundgebung
Mo. 31.7., 15:00 bis 17:00 Uhr, Weilheim, Kundgebung, Infostand
Di. 1.8., 10:30 bis 12:00 Uhr, Schongau, Kundgebung, Infostand
Di. 1.8., 15:00 bis 17:00 Uhr, Kaufbeuren, Kundgebung, Infostand
Di. 1.8., 19:30 Uhr, Pfarrsaal St. Peter und Paul, Vortrag Andreas Zumach: Krieg in der Ukraine und kein Ende? Wege zu einer Friedenslösung
Mi. 2.8., 10:00 bis 12:00 Uhr, Marktoberdorf, Kundgebung, Infostand
Do. 3.8., 10:00 bis 11:00 Uhr, Füssen, nahe Wochenmarkt, Kundgebung, Infostand
Fr. 4.8., 10:00 bis 12:00 Uhr, Oberstaufen, Kundgebung, Infostand
Sa. 5.8., 10:00 bis 12:00 Uhr, Lindau: Marktplatz, Kundgebung, Infostand
Sa. 5.8., 15:00 Uhr, Friedenscafé, Friedensräume, Lindenhofweg 25
So. 6.8., 9:30 Uhr, Lindau, Marktplatz: Hiroshima Gedenkaktion

Wir laden ein zur Landesmitgliederversammlung der DFG-VK Bayern

Am Sonntag, den 15. Oktober 2023, findet ebenfalls in Nürnberg im Nachbarschaftshaus Gostenhof die Landesmitgliederversammlung (LMV) der DFG-VK Bayern statt. Beginn voraussichtlich 9:00 Uhr. Der Besuch der LMV steht Mitgliedern und Gästen der DFG-VK Bayern offen. Rede- und Stimmrecht haben nur die Mitglieder der DFG-VK.

Hier wird um verbindliche Anmeldung via E-Mail an bayern@dfg-vk.de gebeten. Wir versenden vor der Versammlung eine detaillierte Tagesordnung und Anträge und Berichte.

Themen:

Berichte des SprecherInnenkreises und Aussprache
Beratung von Anträgen, z.B. zu den Arbeitsstrukturen im Landesverband
Neuwahlen zum SprecherInnenkreis

Für den SprecherInnenkreis der DFG-VK Bayern: Thomas Rödl

Weitere Infos auf der Internetseite www.dfg-vk-bayern.de, oder auf Anfrage: E-Mail: bayern@dfg-vk.de

Weitere Veranstaltungen:

Hiroshima Gedenktag München:

Sa. 5.8., Stachus, ab 19:00 Uhr Mahnwache (Veranstalter Münchner Friedensbündnis)

Friedens-Mahnwache in München:

21.7., 28.7. jew. 18:00 Uhr vor der Michaelskirche, Neuhauser Straße.

Zammanand-Festival: 19.8. u. 20.8.

(Nachfolge des Streetlife-Festivals)
Infostand der DFG-VK zusammen mit dem Friedensbündnis, wir bitten um Unterstützung. Infos: muenchen@dfg-vk.de

Antikriegstag, 1.9.2023, Ingolstadt
Hotel Anker am Theaterplatz, um 19:00 Uhr
Vortrag Julian Mühlfeiler:
Gewaltfrei aber nicht wehrlos.

PAX AN

wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Frauenlobstr. 24 Rgb, 80337 München. Tel: 089 - 89 62 34 46, Di, Mi, 9:00 - 17:00, Fr 9:00-13:00Uhr. e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden

für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung! Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet. (abzugsfähig) auf das Konto, IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 BIC: GENODEM1GLS



Beiträge im PAX AN 2-23 online

Süddeutsche Zeitung zum Kirchentag

S.6

Die Ampel steht auf Krieg
als Kopiervorlage verwendbar
Faltblatt gedruckt noch erhältlich!

S. 7 - 8

Friedensfahrradtour Werbeflyer

auch als Kopiervorlage geeignet. Gegenüber diesem Flyer kann es
Veränderungen geben. Der aktuelle Stand der Fahrradtour ist auf der I
nternetseite der DFG-VK Bayern zu finden.
<https://dfg-vk-bayern.de/friedensfahrradtour/#FFT23>

S.9

Friedenserklärung **Kopiervorlage**

S.10

Aufruf Hiroshima Anzeige

S.12

Aktuelles aus dem Landesverband
Israel-Veranstaltung Augsburg verschoben

S.13

Texte zur Diskussion in der Friedensbewegung:

Kritik am Aufruf „Stoppt das Töten“
von Thomas Rödl

S. 14-15

**Warum die Friedensbewegung nicht
rechtsoffen ist**
Thesenpapier der Initiative Frieden links

S. 16

Ist die Friedensbewegung rechtsoffen?
Hinweis auf Videomitschnitt eines Webinars
mit Prof Hajo Funke

S.17

Rede beim Ostermarsch in Landshut
von Julian Mühlfehlner

S.18



Fahne mit dem zerbrochenen
Gewehr und der webadresse
pazifistInnen.de; gibts nur bei
der DFG-VK München
für 15 € , Bestellung:
muenchen@dfg-vk.de

Augsburger Friedensfestprogramm

**Gewaltfrei die Friedens-
stadt verteidigen**

Training in Geist und Methoden sozialer
Verteidigung

Samstag, 29. Juli 2023, 15 Uhr, Apostelin-
Junia-Kirche, Sheridan Park, Siegfried-Auf-
häuser-Str. 25

Mit Stefan Maas, Karlsruhe

Soziale Verteidigung setzt auf die organi-
sierte Zivilbevölkerung, nicht auf Militär
und Waffen. Sie verteidigt Werte wie De-
mokratie und Menschenrechte und sucht
die Zerstörung der Stadt zu verhindern.
Gewaltfreier Widerstand und kreative
Nichtzusammenarbeit soll es Aggressoren
unmöglich machen zu regieren. Im Frie-
densfestprogramm 2022 gestartet, soll es
nun praktisch werden mit der Werkstatt So-
ziale Verteidigung Augsburg, augsburg@
wehrhaftohnnewaffen.de, www.wehr-
haftohnnewaffen.de

Unterstützt von Augsburger Friedensin-
itiative (AFI), Mennonitengemeinde, pax
christi

Medien und Krieg – Propaganda machen immer die anderen

Zu diesem Thema referierte prof. Dr. Sabine Schiffer am Donnerstag, 15.
Juni 2023

Veranstalter waren neben dem das Erlanger Bündnis für den Frieden (EBF), die Deutsche
Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
(DFG-VK) und die Studierendengruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW)

<https://youtu.be/IQFWQzrxAO4>

Hinweis

Artikel mit Namensangabe geben die Mei-
nung des Autors wieder. Erklärungen des
Landesverbandes sind als solche gkenn-
zeichnet.

Wann ist die Zeit für Frieden?

Beim Kirchentag in Nürnberg diskutieren Gläubige, welchen Wert Pazifismus noch hat

57 18.-12.6. 2023

Nürnberg – Die St. Johanniskirche ragt hoch auf über den Gräbern des gleichnamigen Friedhofs. Hier oben merkt man wenig vom Kirchentags-Trubel in der Altstadt, den bunten Schals, den Bühnen und Posanenchören. Und doch ist auch hier Evangelischer Kirchentag. Vielleicht zwanzig Menschen haben den Weg in die kleine Kirche gefunden, sie haben die Köpfe geneigt und beten: „O Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens.“

Vorne im Altarraum stehen Dieter Oberländer und Matthias Sengewald, abwechselnd sprechen sie Gebete vor. Sie sind aus Erfurt angereist und während des Kirchentags zu Gast in der Johanniskirche. Sie gehören zu den Organisatoren des sogenannten Erfurter Friedensgebets – der ältesten Gebetsinitiative der östlichen Bundesländer.

Der Krieg in der Ukraine hat die Debatten verändert – auch auf dem Kirchentag

Seit 1978 treffen sich evangelische und katholische Christinnen und Christen in der katholischen St. Lorenzkirche in Erfurt, jeden Donnerstagabend, und beten für Frieden und Gerechtigkeit. Damals wollten die Initiatoren gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts durch Margot Honecker demonstrieren. Weil Eingaben und Proteste erfolglos blieben, trafen sie sich fortan, um das Mindeste – und vielleicht auch das Mächtigste – zu tun, was Christen tun können: beten.

Auch an jenem Donnerstag im vergangenen Jahr, als Russland die Ukraine überfiel. „Wir waren ratlos, wütend und ohnmächtig“, sagt Dieter Oberländer. „Eigentlich waren wir doch schon viel weiter, es war uns gelungen, nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Friedensordnung aufzubauen. Der Angriffskrieg hat das alles infrage gestellt, das Militärische ist wieder selbstverständlich geworden.“

So selbstverständlich, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchentags am Freitagmittag der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, auf einem Podium Platz nimmt. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eines der zentralen Themen dieses Deutschen Evangelischen Kir-

chentags in den Nürnberger Messehallen, der noch bis Sonntag andauert.

Der Krieg in der Ukraine hat etwas verändert, auch in den Debatten über den Frieden auf dem Kirchentag – einem Forum mit dezidiert pazifistischer Vergangenheit. Gibt es den gerechten Krieg? Wie lässt sich das christliche Tötungsverbot mit Waffenlieferungen vereinbaren?

Die Diskussion sei moralisch extrem aufgeheizt, sagt Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden. Es gebe kaum Nebentöne: „Von der Grundstimmung fühlt es sich an wie im Kalten Krieg: Es geht nur darum, ob man dafür oder dagegen ist.“ Gildemeister engagiert sich auch in der Ökumenischen Friedensdekade, einem Zusammenschluss christlicher Friedensinitiativen. Die politische Situation sei enorm schwierig und komplex, aber: „Unsere Aufgabe ist es, Fragen zu stellen und die Perspektive der Gewaltfreiheit wach zu halten. Wir müssen diese Zwischenräume mit Fragen füllen.“

Eine wichtige Figur des deutschen Protestantismus, die ehemalige EKD-Rats-

vorsitzende Margot Käßmann, hat sich in der Vergangenheit zum Beispiel gegen Waffenlieferungen positioniert. Sie hat auch den umstrittenen Aufruf zu Friedensverhandlungen von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer unterzeichnet und dafür viel Kritik geerntet. Käßmann, die bei Kirchentagen sonst zuverlässig riesige Hallen füllt, ist nun erstmals nicht da, sie lüchelt nur überlebensgroß vom Stand ihres Buchverlages herunter. Warum sie nicht angereist ist, darüber gehen die Darstellungen auseinander. Käßmann hatte gesagt, der Kirchentag habe eine Lesung mit ihr und Konstantin Wecker nicht gewollt, der Kirchentag hatte das dementiert. Es ist kompliziert.

Das große Podium zur Friedensethik leitet Kirchentagspräsident Thomas de Maiziére ein mit einer Kritik an den Sofa-Pazifisten, die es genauso gebe wie Sofa-Bellizisten. Beide machten sich die Sache zu leicht. „Christen müssen sich immer schwertun mit der Anwendung von Gewalt“, sagt er. „Wer denn sonst?“ Und dann zieht er ein Beispiel aus seiner politischen Vergangenheit heran: „Wer als ver-

antwortlicher Verteidigungsminister mit den Müttern an den Särgen gefallener Soldaten steht, wird nie leichtfertig über die Anwendung von Gewalt urteilen.“

Generalinspekteur Breuer erinnert daran, dass die Menschen in der Ukraine konkretes Leid erlitten und keine philosophische Diskussion führen könnten: „Wenn der Westen nicht mit Waffen unterstützt hätte, wäre der Krieg zu Ende, aber die Ukraine unter dem Joch Russlands“, sagt er. „Der Krieg wäre vorbei, aber das Leiden ginge weiter.“

„Wir als Christinnen und Christen sind verpflichtet, auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit hinzuwirken“, sagt Sven Giegold, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Gleichzeitig seien die Waffenlieferungen aber richtig: „Wenn Putin gewinnt, dann herrscht nicht Frieden, sondern dann ist unsere Friedensordnung noch schwerer beschädigt als jetzt schon.“ Auf eine provokante Frage aus dem Publikum, wie viele weitere Tote unsere Werte denn wert seien, antwortet Generalinspekteur Breuer: „Ich habe geschworen, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Tapferkeit heißt auch, unter Einsatz unseres Lebens. Wir Soldaten haben diese Frage für uns schon beantwortet.“

Die dezidiert pazifistische Position vertritt der Landesbischof der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, Friedrich Kramer: „Wo bleiben die Initiativen?“, fragt er mit Blick auf mögliche Friedensverhandlungen. Waffenlieferungen würden die Eskalation des Krieges befördern. „Wie verhalten wir uns als Nachfolger Jesu Christi, der seinen Jüngern die Waffe aus der Hand nahm?“, fragt er.

Auch Dieter Oberländer in der kleinen Johanniskirche bezeichnet sich als Pazifist: „Ich halte Waffenlieferungen für schlimm, aber in diesem Fall für notwendig“, sagt er. Mit Putin könne man nicht verhandeln. Der Krieg in der Ukraine könne sofort beendet werden, wenn Russland seine Soldaten abzüge, dann müsste kein Mensch mehr sterben. In diesem Dilemma stecke man. Aber, so sagt Oberländer: „Es ist gut, dass wir für Zeiten, in denen wir nicht wissen, was wir tun sollen, das Gebet haben.“



Gibt es den gerechten Krieg? Nein, finden Rüstungsgegner auf dem 38. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg.

FOTO: THOMAS LOHNES/IMAGO

Die Süddeutsche Zeitung berichtete über den Evangelischen Kirchentag in Nürnberg.

Vgl. Bericht S. 2 und Bild S.1. Zufällig (?) ist das Foto so geschnitten, dass unser Organisationsname und Webadresse nicht zu sehen ist. Auch im Text wird der Name der Deutschen Friedensgesellschaft nicht erwähnt. Das scheint eine Maxime der Redaktion zu sein, weil auch in anderen Fällen, z.B. im Zusammenhang mit der Münchner Friedenskonferenz, der Name der DFG-VK nicht erwähnt wurde.

Am Kirchentag verteilten wir unser Faltblatt mit dem Titel wie nebenstehend und dem Zitat von Frau Dr. Margot Käßmann (Mitglied der DFG-VK).

Das Faltblatt ist mit dem Titel „die Ampel steht auf Krieg“ noch erhältlich.

Auf der darauffolgenden Seite der Innenteil des Faltblatts, das ist die Ukraine-Erklärung der DFG-VK Bayern.

Auf S. 10 die Friedenserklärung, für die wir auf dem Kirchentag UnterstützerInnen gesammelt haben. Diese Version mit einem Text zur aktuellen Lage findet sich auch auf der Seite www.friedenserklaerung.org

Eine Zitatensammlung zur aktuellen Diskussion über Pazifismus und Frieden

in der Evangelischen Kirche entstand in der Vorbereitung unserer Aktionen zum Evangelischen Kirchentag.

Hier zu finden: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=2>



Schwerter zu Pflugscharen

"Ich bin überzeugt, dass die Kirche irrt, wann immer sie Gewalt legitimiert. Jesus Christus war kein Revolutionär mit der Waffe in der Hand. Er hat Frieden gepredigt, nicht Krieg, Feindesliebe, nicht Hass. Die Kirchen sollten sich nicht dazu missbrauchen lassen, Kriege und Waffengänge zu legitimieren, sondern sich querstellen und die Friedensfahnen hochhalten."



Dr. Margot Käßmann

ehemalige EKD-Ratsvorsitzende

Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Unsere Aktionen

Kirchentag in Nürnberg, 8. bis 10 Juni 2023

Am diesjährigen Kirchentag in Nürnberg werden wir mit einem Infostand vor dem Eingang des Messegeländes vertreten sein, um Besucher*innen auf die mangelhafte Reaktion evangelischer Kirchen auf den Krieg in der Ukraine aufmerksam zu machen. Wer nicht gegen Krieg und für gewaltfreie Konfliktbearbeitung protestiert, handelt konträr zur Botschaft Jesus.

Friedensfahrradtour, 28 Juli bis 6. August 2023

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa! Als Gruppe radeln wir eine Woche von Ingolstadt über München nach Lindau. Wir verbinden die politische Aktion mit der gemeinschaftlichen Bewegung in der Natur, lernen uns kennen, essen und diskutieren miteinander. Willkommen sind alle, denen Radeln Freude macht und der Frieden am Herzen liegt! Mehr Informationen:

www.dfg-vk-bayern.de

www.no-militar.org



DFG-VK
Landesverband
Bayern

V.i.S.d.P.: Julian Mühlfeilner, c/o DFG-VK Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München

Wir bitten um Spenden (steuerlich absetzbar)

zur Finanzierung der Friedensarbeit:

HMV-Bildungswerk der DFG-VK Bayern

IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00

BIC: GENODEM1GLS

Die Ampel steht auf Krieg

Der Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und wir lehnen jeden Krieg ab. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und bedauern das Leid, das der Krieg den Menschen dort und auf der ganzen Welt bringt! Aber Putin und sein Regime sind nicht unsere politischen VertreterInnen—sondern die Bundesregierung. Wir richten unsere Forderungen an die Ampel!

Verhandlungen einleiten!

Waffenlieferungen bringen keinen Frieden, sondern Eskalation. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in EU und NATO für Verhandlungen und Interessenausgleich einzusetzen!

Sanktionen sinnvoll gestalten!

Der Wirtschaftskrieg gegen Russland trägt nicht zur Beilegung des Konflikts bei, sondern verursacht untragbare Kosten und enormes Leid auf der ganzen Welt!

Zusammenleben ermöglichen!

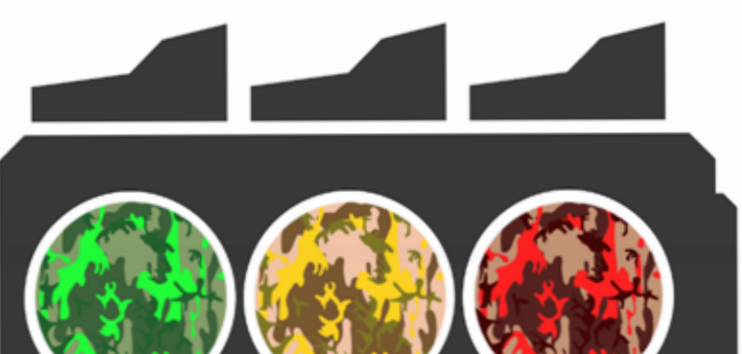
Die Kriegsheize macht uns blind für die Gefahren des Atomkriegs und programmiert den Konflikt mit Russland für die nächsten Jahrzehnte vor!

Grenzen auf für Flüchtende!

Menschenwürdige Gleichbehandlung für ALLE Geflüchteten, KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen!

Schluss mit der Geldverschwendung!

Ausgaben für Aufrüstung und Gaslieferungen von Azerbaijan, den Vereinigten Arabischen Emiraten, USA, etc. sind Geldverschwendung! Wir fordern 100 Milliarden € für Klima, Umwelt und Soziales!



DFG-VK
Landesverband
Bayern

Erklärung der DFG-VK Bayern zum Ukraine-Krieg

Stand 3. Februar 2023



Einleitung

Die DFG-VK Bayern nimmt Stellung zum Krieg in der Ukraine, zur Diskussion um Waffenlieferungen, Aufrüstungsprogramme und Sanktionen. Sie plädiert für Verhandlungen und zivilen Widerstand und warnt vor der Gefahr einer Eskalation des Krieges zum Atomkrieg. Sie tritt für eine Gleichbehandlung aller nach Deutschland geflüchteten Menschen ein.

Es gibt keinen gerechten Krieg!

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine! Wir protestieren gegen jede imperialistische und militaristische Großmachtpolitik! Alle Kriegsparteien müssen einen Waffenstillstand vereinbaren und über eine politische Lösung verhandeln.

Als Pazifistinnen halten wir jede Art von Krieg für ein Verbrechen gegen die Menschheit, da er vorwiegend unschuldige Menschen tötet. Es wird immer deutlicher, dass durch eine Fortsetzung des Krieges die Bevölkerung in der Ukraine weder geschützt wird, noch eine Zerstörung von Städten und Infrastruktur zu verhindern ist. Auch ein „Verteidigungskrieg“ führt nicht zu Frieden und Freiheit, sondern zu Zerstörung und Tod.

Ziviler Widerstand

Nach Meinung der DFG-VK Bayern sollte der militärische Widerstand beendet und die Souveränität der Ukraine mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigt werden. Das schützt die Bevölkerung in der Ukraine und verhindert die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur. Wir erklären uns solidarisch mit allen Bürgerinnen in Russland und der Ukraine, die friedlich gegen den Krieg ihrer Regierungen protestieren, und die sich dem Krieg durch Verweigerung entziehen wollen.

Für die Unterstützung von Kriegsgegnerninnen und Deserteurinnen

Wir fordern die Bundesregierung auf, allen Flüchtenden, Kriegsdienstverweigerern und Deserteurinnen Asyl anzubieten und zu gewähren. Ukrainische und russische Staatsbürgerinnen, die sich dem Krieg entziehen wollen, müssen in Deutschland unbürokratisch Zuflucht erhalten.

Wir verurteilen die politische Verfolgung von Kriegsgegnerninnen in Russland und der Ukraine. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein allgemeines Menschenrecht. Daher wenden wir uns gegen die Einschränkung dieses Rechts, aber genauso gegen die Einschränkung der Pressefreiheit und des Rechts auf politische Betätigung in den kriegführenden Staaten.

Geflüchtete aufnehmen – gleiches Recht für alle

Wir begrüßen die Politik der offenen Grenzen für Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Flüchtlinge, egal aus welchen Regionen der Erde, Schutz und Zuflucht erhalten.

Gegen Maßnahmen zur Verlängerung des Krieges

Wir wenden uns gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine! Wer Waffen liefert, verlängert den Krieg und vergrößert das Leiden der Menschen. Daher wenden wir uns ebenfalls gegen jede finanzielle Unterstützung der Kriegführung der Ukraine. Durch die Waffenlieferungen werden Deutschland und die NATO schrittweise zu direkten Kriegsgegnern der atomar bewaffneten russischen Armee. So kann der derzeit noch begrenzte Krieg zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland eskalieren, mit der großen Gefahr, in einem Dritten Weltkrieg mit Atomwaffen zu enden.

Gegen Aufrüstung und Eskalation

Wir wenden uns gegen das 100-Milliarden-Euro-Waffenprogramm der BRD und die Erhöhung der jährlichen Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Ausgaben stehen in Konkurrenz zu den Sozialausgaben, zur notwendigen Erhaltung der Infrastruktur in der BRD, und zu den notwendigen Investitionen zur Begrenzung der Erdenwärmung. Weitere Aufrüstung wird den Konflikt mit Russland nicht lösen, sondern nur die Konfrontation verschärfen und zu einem weiteren Krieg mit Russland führen.

Wir wenden uns gegen die Beschaffung der F35-Kampfflugzeuge und gegen die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe. Atomwaffen sind geächtete Massenvernichtungswaffen und ihr Einsatz ist ein Kriegsverbrechen, bedeutet den Atomkrieg und führt zu Millionen Toten und letztendlich zur Vernichtung der Menschheit.

Mit der Verlagerung von Truppen und Kriegstechnik ins Baltikum, nach Polen und Rumänien und „der Stärkung der Ostflanke der NATO“ wird die militärische Konfrontation mit Russland verstärkt. Wir wenden uns gegen die Aufnahme neuer Staaten in die NATO, denn der Expansionskurs der NATO hat die Neutralität der Ukraine in Frage gestellt und trug zur Konfrontation mit Russland bei. Ebenso wenden wir uns gegen die Aufnahme der Ukraine in die EU, da diese zu einer Militärmacht entwickelt wird, die mit der NATO zusammenarbeitet.

Für zielgerichtete Sanktionen

Wir setzen uns für zielgerichtete Sanktionen ein, die die Fähigkeit der Kriegsparteien zur Kriegsführung unmittelbar beeinträchtigen, aber keine unverhältnismäßigen oder unabschätzbaren Kollateralschäden aufseiten der Zivilbevölkerung verursachen.

Die vom Westen verhängten Sanktionen haben keine Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Kriegsführung der russischen Armee. Sie werden aber die russische Wirtschaft massiv schädigen und die Masse der Bevölkerung in Russland, die die Kriegspolitik von Präsident Putin nicht verhindern kann, in Armut stützen.

Wir wenden uns gegen Sanktionen, die die deutsche Wirtschaft schädigen, den Staatshaushalt zerrütten und die Inflation antreiben, und deren Kosten von der Bevölkerung in Deutschland zu schultern sind, egal ob sie mit der verfehlten deutschen Sicherheitspolitik einverstanden sind oder nicht.

Wir wenden uns gegen ein Öl- und Gas-Embargo, das in der Konsequenz die ökologischen Kosten unserer Energieversorgung erhöht (Fracking, Verflüssigung von Gas, Transport über die Ozeane), und von dem nur eine Handvoll multinationaler Energiekonzerne sowie die Oligarchen in den USA, Katar, usw. profitieren.

Für eine neue Entspannungspolitik

Eine neue Entspannungspolitik muss eingeleitet werden, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Wir treten ein für eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen. Nur gemeinsam kann die Menschheit in Frieden überleben. Feindbilder müssen abgebaut und Vertrauen muss wiedergestellt werden.

Alle vermutlichen Kriegsverbrechen sind zu untersuchen und die Verantwortlichen sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof anzuklagen.

V.i.S.d.P.: Thomas Rodt, c/o DFG-VK Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München

Web: www.dfg-vk-bayern.de, www.no-millar.org

Kontakt: munichen@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden (steuerlich absetzbar) zur Finanzierung der Friedensarbeit:

HMW-Bildungswerk der DFG-VK Bayern

IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00

BIC: GENODEM33LS

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!



Friedensfahrradtour 2023

von Freitag, 28.07. bis Sonntag, 6.08.2023 radeln wir
von Ingolstadt, über München, Kaufbeuren, Sonthofen nach Lindau

Als Gruppe radeln wir eine Woche von Ingolstadt über München nach Lindau. Wir verbinden die politische Aktion mit der gemeinschaftlichen Bewegung in der Natur, lernen uns kennen, essen und diskutieren miteinander.

Willkommen sind alle, denen Radeln Freude macht und der Frieden am Herzen liegt! Jede/r der Gemeinschaft trägt zum Gelingen bei.



www.dfg-vk-bayern.de
www.no-militar.org

Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.



Die Aktion „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa“

- wendet sich gegen die aktuelle Aufrüstung Deutschlands, der EU und der Nato
- wirbt für die Abschaffung von Atomwaffen
- fordert Deutschland zum Beitritt des Atomwaffenverbotsvertrages auf
- bietet Raum für Gespräche zwischen friedensinteressierten Menschen

Ablaufplan (vorläufig, Änderungen vorbehalten)

Fr. 28.07.23	Start Friedenscafé in Ingolstadt
Sa. 29.07.23	nach Dachau
So. 30.07.23	Friedenscafé in München
Mo. 31.07.23	Peißenberg
Di. 01.08.23	Kaufbeuren
Mi. 02.08.23	Forggensee, Füssen
Do. 03.08.23	Kempten, Sonthofen
Fr. 04.08.23	Lindau
Sa. 05.08.23	Friedenscafé in Lindau, „friedens- räume“
So. 06.08.23	Hiroshima Gedenkaktion in Lindau



DFG-VK

Landesverband Bayern

In der DFG-VK sind Menschen vereint, die mit gewaltfreien Mitteln nach Beseitigung des Krieges und seiner Ursachen streben. In unserer pazifistischen und antimilitaristischen Zielsetzung sind wir verbunden mit Menschen, die die gleichen Ziele verfolgen – egal in welchem Land.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Welt an den Rand des Atomkriegs geführt, doch Krieg löst keine Probleme. Denn jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Herausgeber:

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Bayern,
in Zusammenarbeit mit dem H-M-V-Bildungswerk der DFG-VK Bayern.
Wir bitten um Spenden (steuerlich absetzbar) für das H-M-V-Bildungswerk:
IBAN DE 37 4306 0967 8217 1208 00
Konzept, Text und V.i.S.d.P.: Johanna Pfeffer und Franziska Maier
c/o DFG-VK, Frauenlobstraße 24, 80337 München, mehr Infos: www.dfg-vk-bayern.de



Strecke

Konditionen

- Start in Ingolstadt am Freitag, ca. 18:00 Uhr mit einem „Friedenscafé“
- Radeln mit dem eigenen verkehrssicheren Fahrrad nur mit Tagesgepäck
- ca. 50 – 80 km pro Tag, (moderates Gruppentempo)
- Übernachtung auf Campingplätzen, in Jugendherbergen, etc.
- Kosten pro Tag / Person 45 €, inkl. Verpflegung (Ermäßigung nach Rücksprache)
- Die Teilnahme an nur einzelnen Tagen ist möglich
- Endpunkt in Lindau

Fragen und Anmeldung:

Johanna Pfeffer:
Franziska Maier:

johanna.pfeffer.nl
franziska.maier@posteo.de, 0163 / 19 69 321

Wir sind kein Reiseveranstalter und übernehmen keinerlei Haftung. Jede/r trägt die Verantwortung für sich selbst und wirkt am Gelingen der Tour mit.

Friedenscafé „Aufrüstung in Wendezeiten“

Aktionen

Die DFG-VK Bayern lädt entlang der Friedensfahrradtour in Zusammenarbeit mit Friedensorganisationen vor Ort in 3 Städten zur offenen Diskussion über die deutsche und europäische Rüstungspolitik und friedensstiftende Alternativen ein.

Angelehnt an die Methode des „world café“ wollen wir ein „Friedenscafé“ für den offenen Austausch unter Friedensinteressierten schaffen. In mehreren Gesprächsrunden wollen wir neue Denkanstöße entwickeln, da Politik niemals alternativlos ist.

Veranstaltung: auch unabhängig von der Fahrradtour, Eintritt kostenlos,
Spenden erbeten, Anmeldung erwünscht

(Änderungen vorbehalten)

Fr.: 28.7.23, ca.18:00Uhr, Friedenscafé in Ingolstadt

So.: 30.7.23, ca.15:00Uhr, Friedenscafé in München

Sa.: 05.8.23, ca.15:00Uhr, Friedenscafé in Lindau



Atomwaffen- verbotsvertrag

Wir fordern von unserer Regierung die Unterzeichnung und Ratifizierung des 2017 in der UN Vollversammlung von 122 Staaten beschlossenen und im Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrags (AVV). Hierzu informieren wir unterwegs über Inhalt und Verlauf der weiteren Ratifizierungen.

Stand Nov. 2022: 86 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet,
55 haben ihn bereits ratifiziert.
Deutschland fehlt!



Mayors for Peace

Wir werden unterwegs BürgerInnen dazu auffordern, Ihre BürgermeisterInnen für eine Mitgliedschaft bei den „Mayors for Peace“ (MfP) zu gewinnen.

Die MfP wurden 1982 von dem Bürgermeister in Hiroshima gegründet, mit dem Ziel Atomwaffen abzuschaffen.

Friedenserklärung



Wir weigern uns, Feinde zu sein und andere Menschen zu töten.

Wenn unsere Regierung Krieg führt, dann nicht in unserem Namen!

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit!

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich damit einverstanden, dass meine Friedenserklärung in öffentlichen Aktionen, z.B. zum Hiroshima-Gedenktag 2023, ausgestellt wird.

Name	PLZ	Datum	Unterschrift
------	-----	-------	--------------

Ich setze mich ein für...

- die Beachtung des Gewaltverbots im Völkerrecht ☐
- die Beendigung aller Rüstungsexporte ☐
- die Abschaffung der Atomwaffen ☐
- die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ☐
- Die Abschaffung von Bundeswehr und Militär ☐
- die Förderung ziviler Konfliktlösungen ☐

Sie können sich mit Ihrer E-Mail-Adresse für unseren Newsletter anmelden. Abgesehen davon werden Ihre Daten nicht weiterverarbeitet.

E-Mail-Adresse

Friedenserklärung



Nach mehr als einem Jahr des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wissen wir, dass der Versuch der militärischen Verteidigung - und Rückeroberung - die Ukraine nicht vor Tod und Zerstörung bewahrt. Im Gegenteil: den Konflikt militärisch auszutragen bedeutet für die Ukraine die Verlängerung des Krieges und seiner Schrecken.

Deutschland beteiligt sich an diesem Krieg mit Waffenlieferungen, Ausbildung von Soldat*innen und finanzieller Unterstützung der Kriegsführung. Denn vorgeblich verteidigt die Ukraine die Freiheit und Demokratie stellvertretend für ganz Europa.

Jeden Tag sterben und morden in der Ukraine also Menschen in unserem Namen, mit unseren Waffen in der Hand.

Das wollen wir verhindern. Mit der Friedenserklärung stellen wir klar, dass wir uns weigern, den Krieg zu unterstützen. Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen auf, jede direkte oder indirekte Kriegsbeteiligung zu unterlassen!

dfg-vk-bayern.de/themensammlung-ukraine-krieg

friedenserklaerung.org

no-militar.org



DFG-VK

Landesverband

Bayern

Die Friedenserklärung ist eine Aktion der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Wir bitten um Spenden (steuerlich absetzbar) zur Finanzierung der Friedensarbeit:
HMV-Bildungswerk der DFG-VK Bayern
IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00
BIC: GENODEM1GLS

V.i.S.d.P.: Julian Mühlthaler, c/o DFG-VK Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München; erstellt: 24. Mai 2023

Mahnwachen für den Frieden

Von April 2023 bis zum Juli veranstaltet das Münchner Friedensbündnis an jedem Freitag von 18 bis 19 Uhr eine Mahnwache vor der St. Michaelskirche in der Fußgängerzone

Das Thema lautete „Deeskalieren statt Waffen exportieren“. Auch von der DFG-VK Ortsgruppe München waren immer Aktive an den Mahnwachen beteiligt. Jetzt ist erst Mal Sommerpause.

Bei den Mahnwachen haben wir in ein paar Statements auf Video unsere Motive und unsere Einschätzungen erläutert.

Mahnwachen videos

<https://dfg-vk-bayern.de/muenchner-mahnwachen/>

Materialien zum Ukraine-Krieg:

<https://dfg-vk-bayern.de/themensammlung-ukraine-krieg/>



Beitrag des Münchner Friedensbündnisses zur Jubel-Demo und Kundgebung aus Anlass der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland.

München 15.4.2023

Foto Thomas Rödl



Aus Anlass der
Friedens-Radtour der DFG/VK -
Station in Kaufbeuren

Vortrag und Diskussion zum Thema:

Krieg in der Ukraine und kein Ende?

Mögliche Wege zu einer Friedenslösung

► Referent:
Andreas Zumeck
freier Journalist,
Träger des Friedenspreises
der Stadt Göttingen,
UNO-Korrespondent

- Dienstag, 1. August 2023, 19.30 Uhr
- Pfarrsaal Peter und Paul, Barbarossastr. 23, Kaufbeuren
- Eintritt frei

Veranstalter: Friedensinitiative KIFAS

AUFRUF für Zeitungsanzeigen

Hören wir auf die Überlebenden:

Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!

<https://pressehuette.de/aufruf-nuclearban-2023/aufruf-unterstuetzen/>

Liebe Mitstreiter/innen für eine atomwaffenfreie Welt,

die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich bald zum 78. Mal. Solche Tragödien dürfen sich nicht wiederholen.

Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen lassen nur einen Schluss zu: die Ächtung der Atomwaffen gilt es voranzutreiben, die atomare Abschreckung zu überwinden, denn sie bietet nur eine scheinbare Sicherheit. Statt neuer Hochrüstung braucht es endlich wieder Kooperation und Abrüstung. Sechs Jahre nach Beschluss des Atomwaffenverbotsvertrags beteiligten sich letztes Wochenende wieder mehrere Hundert Städte am Flaggentag der deutschen Mayors for Peace, begleitet von vielfältigen Aktionen lokaler Friedensinitiativen.

Eine Ermutigung, auf der wir für die Gedenktage Anfang August aufbauen wollen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie und Euch um Ihre/Eure Unterstützung.

Als ein Teil vielfältiger Aktionen schalten wir Anzeigen in der taz und einer weiteren überregionalen Zeitung am 5. August:

<https://pressehuette.de/aufruf-nuclearban-2023/aufruf-unterstuetzen/>

>>> Spenden Sie mindestens 20 Euro als Einzelperson oder 50 Euro als Organisation für die Anzeige.

Bankverbindung: Friedenswerkstatt Mutlangen, DE60 6145 0050 0800 2684 99, Kreissparkasse Ostalb, OASPD-6AXXX, Verwendungszweck: Zeitungsanzeigen 5.8.23 >>> Helfen Sie mit und suchen Sie engagierte Menschen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft, Freunde, Bekannte und Verwandte, die den Aufruf ebenso unterzeichnen.

Besten Dank und friedliche Grüße! Roland Blach

Friedenswerkstatt Mutlangen, Forststr. 3, 73557 Mutlangen, roland.blach@pressehuette.de

Text der geplanten Zeitungs - ANZEIGE

Hören wir auf die Überlebenden: Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!

Am 6. und 9. August 1945 zerstörten zwei Atombomben Hiroshima und Nagasaki. Millionen Menschen sind bis heute an den Folgen dieser Abwürfe sowie der über 2.000 Atomtests gestorben oder leiden unter oft schweren chronischen Erkrankungen.

Aktuell bedrohen uns weltweit noch immer 12.500 Nuklearwaffen! Die neun Atomwaffenstaaten rüsten ihre Arsenale weiter auf. „Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte“, warnte kürzlich der Direktor des renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI, Dan Smith.

Die nukleare Teilhabe der NATO in Europa ist Teil des Problems. In Deutschland sollen neue Trägerflugzeuge für neue, zielgenauere US-Atombomben in Büchel angeschafft werden. Die geplante Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus verschärft die existenzielle Gefahr.

Nach der verpassten Chance des G7-Gipfels in Hiroshima sollte die Vorbereitungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in Wien (31. Juli – 11. August) ein wichtiger Schritt für neue Abrüstungsverhandlungen werden. Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ist das zentrale völkerrechtliche Instrument, um das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen. Deutschland sollte diesem Vertrag baldmöglichst beitreten.

40 Jahre nach den großen Protesten im Herbst 1983 (Prominentenblockade Mutlangen, Menschenkette, Großdemos im Bonner Hofgarten u.a.) engagieren sich viele zivilgesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Abgeordnete, Städte sowie Bundesländer für das Atomwaffenverbot. Als Teil einer weltweiten Bewegung, gestärkt durch den Friedensnobelpreis an ICAN 2017.

Wir erwarten von der Bundesregierung,

- Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten und Entschädigungen der Atombombenopfer zu ermöglichen
- auch die zweite AVV-Staatenkonferenz im November 2023 als Beobachter zu begleiten und weitere Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt zu gehen
- die Aufgabe der nuklearen Teilhabe in die Wege zu leiten
- kooperative Sicherheit durch eine Politik der Friedenslogik in den Blick zu nehmen und damit die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen

Wir verurteilen jede nukleare Drohung und rufen für die Gedenktage zwischen dem 6. und 9. August zu Aktionen auf, um an möglichst vielen Orten sichtbar den Opfern Gehör zu schenken sowie einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu fordern!

Eine Aktion der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. in Kooperation mit ICAN Deutschland e.V., IPPNW Deutschland e.V., der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. sowie Ohne Rüstung Leben e.V.

www.nuclearban-tour.de, www.pressehuette.de, www.ippnw.de, www.ohne-ruestung-leben.de, www.icanw.de, www.atomwaffenfrei.de, www.lebenshaus-alb.de

Erstunterstützer (7.7.23): Steffen Bezold (Vorstand ICAN Deutschland), Roland Blach (Koordinator „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ und Nuclearban Raddemos), Simon Bödecker (Ohne Rüstung Leben), Silvia Bopp (Vorsitzende Friedenswerkstatt Mutlangen), Angelika Claussen (Ko-Vorsitzende IPPNW), Volker Nick (Vorsitzender Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen), Lars Pohlmeier (Ko-Vorsitzender IPPNW), Martin Wolff (Oberbürgermeister Bretten)

Aktuelles aus dem Landesverband

Betreff: Veranstaltung „Rechtsruck in Israel: Gibt es noch Chancen für den Friedensprozess?“ mit Jakob Reimann ist verschoben

Liebe Freundinnen und Freunde der AFI, mit der Einladung zur letzten AFI-Sitzung am 04.07.2023 haben wir den Flyer zu der Veranstaltung „Rechtsruck in Israel: Gibt es noch Chancen für den Friedensprozess?“ mit Jakob Reimann am 25.07.2023 im Rahmen des städtischen Friedensfest-Programms verschickt. Veranstalter sind die AFI, DFG-VK, Pax Christi und die VVN-BdA.

Diese Veranstaltung musste gestern aus dem Friedensfest-Programm genommen und auf einen späteren Termin verschoben werden. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben.

Bei der Veranstaltung am 25.07.2023 sollte es ausschließlich um den Rechtsruck in Israel und die Chancen für den Friedensprozess im Nahen Osten gehen. Die BDS-Kampagne (Boykott, De-investment und Sanktionen) war kein Thema. Die Online-Zeitung DAZ hat unsere Veranstaltung als „antisemitischen BDS-Aktionismus“ bezeichnet und beschuldigt unseren Referenten Jakob Reimann, der als antisemitisch bezeichneten BDS-Kampagne nahestehen und „antisemitische Verschwörungstheorien“ zu vertreten. Uns als Veranstaltern wirft die DAZ verklausuliert einen „linken Antisemitismus“ vor. Jakob Reimann hat niemals die BDS-Kampagne unterstützt und kritisiert sie sogar.

In diese Medienkampagne, die sich gegen uns als Veranstalter und das Friedensbüro der Stadt Augsburg als Ausrichter des Friedensfest-Programms richtete, stiegen u.a. das BR-Fernsehen, dpa, die Augsburger Allgemeine, die Jüdische Allgemeine, verschiedene israelische und jüdische Organisationen und auch die Fraktion Bürgerliche Mitte ein. Es war zu befürchten, dass diese unsägliche Medienkampagne auf weitere politische Gremien übergreift und noch andere Medien einen Skandal wittern, den sie mit ausschlagen können. Ungern haben wir uns dann für die Verschiebung unserer Veranstaltung entschlossen.

Eine ausführlichere Schilderung ist auf unserer Internetseite www.augsburger-friedensinitiative.de zu finden.

Mit vielen Grüßen AFI-Arbeitsausschuss

nachfolgend die Einladung zur geplanten Veranstaltung:

Di, 25.07.2023 19:30 Uhr, Zeughaus Reichlesaal, Zeugplatz 4, Augsburg

Rechtsruck in Israel: Gibt es noch Chancen für den Friedensprozess?

mit Jakob Reimann

I

n der Regierung von Israels neuem altem Premierminister Benjamin Netanjahu sitzen nun auch Vertreter der radikalen Rechten, die offen für eine Annektierung der palästinensischen Gebiete und einen massiven Siedlungsbau mit zunehmender Gewalt gegen Palästinenser*innen eintreten. Zudem werden Rechtsstaat und Demokratie weiter demontiert, nun nicht mehr „nur“ gegen Palästinenser*innen gerichtet, sondern auch gegen liberale Israelis. Wird damit die Chance für einen Friedensprozess in Israel und Palästina endgültig zunichte gemacht? Oder führt die Situation sogar dazu, dass die israelische Zivilgesellschaft endlich wieder aufwacht und sich für einen gerechten Frieden einsetzt?

Der Referent Jakob Reimann hat nach seinem Masterabschluss 2014 an der An-Najah University in Nablu, Palästina, gearbeitet und lebte im Anschluss als freier Journalist und Autor längere Zeit in Israel und mehreren Ländern in Osteuropa und auf dem Balkan. Als freier Journalist und Autor arbeitet er für verschiedene linke Medien zu Fragen um Krieg und Frieden im Großraum Nordafrika und West-/Zentralasien sowie zu antikolonialen, ökologischen und Frauenrechtskämpfen im Globalen Süden.

Veranstalter: Augsburger Friedensinitiative (AFI), Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Gruppe Augsburg, pax christi Diözesanverband Augsburg, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) Kreisvereinigung Augsburg.

Eine Veranstaltung im Rahmen des Kulturprogramms zum Augsburger Friedensfest*23



Aufkleber Kein Krieg

Format 105 auf 65 mm

gibts nur bei der DFG-VK Bayern

Faltblatt Bombenstimmung

aktualisierte Neuauflage 2023, hier zum Ansehen:

<https://www.no-militar.org/index.php?ID=7>

Bestellung über webshop der DFG-VK

<https://shop.dfg-vk.de/>



6) Das klingt für Außenstehende wohl ziemlich naiv, der Zusammenhang lässt sich in der Kürze nicht herstellen, lässt auch die Vermutung zu, dass die AutorInnen des Aufrufs den Zusammenhang zwischen US- Hegemonialpolitik, der NATO-Expansion und dem Nutzen der Drohung mit Atomwaffen nicht, oder nicht hinreichend, reflektiert haben. Hier wäre die Forderung nach Ersteinsatz-Verzicht an beide Seiten angebracht. Um nebenbei ins Gespräch zu bringen, dass die USA nie auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet haben.

7) Das ist wohl an der Propaganda orientiert, dass der Kauf von Gas und Öl aus Russland den Krieg finanziert – leider finanziert der Kauf von LNG aus USA den Krieg genau so, eben den amerikanischen Anteil an staatlich subventionierten Waffenlieferungen. Und jede Einkommens- und Mehrwertsteuer in allen NATO-Staaten finanziert den Krieg ebenso. Der Bezug zum Klimawandel in einem Halbsatz ist wenig überzeugend und populistisch an der Klimageneration orientiert. Wo doch jetzt jede/r weiß, dass Freiheit und Souveränität wichtiger sind. Konsequenter müsste man auch jeden Wiederaufbau ablehnen, kostet auch Energie (Produktion von Stahl und Zement u.a.).

8) Der wichtigste Punkt der hier fehlt, und hinreichend diesen Aufruf nicht zu unterstützen: Keine Waffenlieferung, keine Unterstützung des Krieges durch Finanzen und Ausbildung von Soldaten u.ä.

9) Warum sagt man hier, was keine Antwort sein darf, statt zu sagen, was jetzt richtige Politik wäre? Oder ham die AutorInnen davon keine Ahnung?

10) Diese Formulierung ist wirklich lächerlich – die Ost-Expansion der NATO, die die vereinbarte Neutralität der Ukraine in Frage gestellt hat, ist eine wesentliche Ursache dieses Krieges. Verweis auf meine Texte und Vorträge wo ich das dargelegt habe. (http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Aufgaben-der-Friedensbewegung%20Referat-R%C3%B6dl-23-5-23.pdf?_t=1684936974) Brennend würde mich interessieren, wann die Politik der NATO konstruktiv und auf Zusammenarbeit ausgerichtet war, oder ist? In Bezug auf Russland oder China? (oder Jugoslawien, Irak, Syrien, Iran, Nordkorea etc etc.)

11) Hier wird in einem Halbsatz ein Wust an Themen angesprochen, die zunächst mal keinen Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben. Die eh schon lächerliche Kritik an der NATO wird dadurch weiter abgeschwächt! Eine Außenhandels- Außenwirtschafts- und Finanzpolitik, die an gerechten Beziehungen und an der Entwicklung des globalen Südens im Interesse der Menschen, orientiert ist, ist ein Wert an sich, wäre aber kein Beitrag für eine Konfliktbearbeitung oder Modus vivendi in der Ukraine.

12) Warum nicht einfach: Abrüstung! Oder: Schritte zur Abrüstung? Strickmuster der DFG-VK Texte seit Jahren: immer nur eine Anti-Position, nie eine positive Forderung / Formulierung.

13) Das klingt schrecklich naiv, eine unpolitische friedliche Friedensbewegung, die niemandem weh tun will. Ja wie denn aktiv werden und wie geht eine friedlichere Welt?

14) Das ist der beste Satz und damit hätte Schluss sein sollen. Die weitere Abgrenzerei mit einer Reihe von politischen Schlagworten ist einfach überflüssig, überhaupt nicht praxisrelevant im Hinblick auf unsere Aktionen und auch nicht im Hinblick auf die „neue“ Friedensbewegung. (soweit ich das beurteilen kann) „nationalistisch“? antidemokratisch? Wir arbeiten nur mit Organisationen zusammen, die Programm, Struktur und namentlich bekannte Verantwortliche haben; Leute die auf unsere Demos kommen, haben sich an die Losungen und Tendenz des politischen Aufrufs zu halten. Falls welche das nicht tun, muss man vor Ort diskutieren und entscheiden, ob die Menschen für Argumente zugänglich sind oder provozieren wollen.

15) Was ist wissenschaftsfeindlich?

16) Wer JournalistInnen angreift ist ein Fall für die Polizei, das ist wiederum so selbstverständlich – für eine seriöse Friedensorganisation – dass man das nicht in einen Aufruf reinzusetzen braucht.

17) Verschwörungsmythen oder Verschwörungsideologien ist komplett undefinierbar, ein Totschlagbegriff gegen politische Dissidenten, der von Politik und Medien benutzt wird, um sich inhaltlicher Diskussion zu entziehen. Wir sollen keine Distanzierung mit diesem Begriff vornehmen, im Kontext der DFG-VK Diskussionen und Politik gibt es keine inhaltliche Füllung dieses Begriffs.

18) Was heißt „wir erteilen eine Absage“? es gilt der Straftatbestand der Volksverhetzung, entsprechende Vorfälle muss man dann halt zur Anzeige bringen.

Aktuelle Ergänzung, und Bezug zum Kommentar auf S.1:

Das Papier „Empfehlungen zur Bündnispolitik“ von 2016, soll jetzt auf der Internetseite der DFG-VK zugänglich gemacht werden (Beschluss des Bundesausschuss vom 8.7.2023) <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/empfehlungen-zur->



attac
GLOBALISIERUNG & KRIEG
attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg

Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk
Verein zur Förderung der Friedensarbeit
der DFG-VK Bayern
www.h-m-v-bildungswerk.de

Aufgaben der Friedensbewegung Antworten des Pazifismus

**Online-Vortrag und Diskussion mit
Thomas Rödl**

**Di, 23.5.23
19:30 Uhr**

Der Krieg in der Ukraine: Deutschland ist Kriegspartei durch Lieferung von Waffen und Munition, durch Finanzhilfen und Ausbildung von Soldaten.
Wie reagiert die Friedensbewegung?

Diese ist heterogen, vielschichtig und hat viele gemeinsame Positionen. Gefordert wird z.B. militärische Abrüstung, Entspannungspolitik statt Konfrontation mit Russland und die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags als auch die Beendigung nuklearer Teilhabe.

Es gibt aber keine gemeinsamen Programme, keine gemeinsamen Einschätzungen und keine handlungsfähigen Strukturen, um politischen Einfluss zu erzielen.

Thomas Rödl begründet die zentralen pazifistischen Positionen, wie allgemeine und vollständige Abrüstung und zivile Konfliktbearbeitung. Dazu gehört im konkreten Kriegsfall das Konzept der sozialen Verteidigung, in weiterer Perspektive das Eintreten für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

Thomas Rödl, M.A. für Philosophie, Politologie und Psychologie, ist Landessprecher der DFG-VK Bayern (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen), Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk und seit Jahrzehnten friedenspolitisch aktiv.

Bundesweite AG attac GuK www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg in Kooperation mit H-M-V-Bildungswerk www.h-m-v-bildungswerk.de

Das Manuskript zum Vortrag und weitere Hinweise und Quellen finden sich hier:

<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=3>
http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Aufgaben-der-Friedensbewegung%20Referat-R%C3%B6dl-23-5-23.pdf?_t=1684936974

Videoaufzeichnung:
https://www.youtube.com/watch?v=shk_4hSwp74&t=151s

Warum die Friedensbewegung nicht „rechtsoffen“ ist

Nachfolgend ein Papier der Initiative Frieden-links vom 4.4. 2023 zur Diffamierung der Friedensbewegung als „rechtsoffen“ in den Medien und zur Diskussion in der Friedensbewegung. Diese ist bekanntlich vielfältig, mit unterschiedlich ausgerichteten Strukturen. Es gibt keinen Ort (im Internet) über den alle Diskussionsbeiträge zugänglich sind. Daher zur Information unserer Mitglieder und InteressentInnen der Abdruck dieses Thesenpapiers.

Das einigende Band der Friedensbewegung ist die Kritik an Militarismus und Krieg. Auf dieser Grundlage bietet sie Raum für Menschen in ihrer je eigenen bunten Vielfalt von Haltungen und/oder Überzeugungen, darunter etwa konservative oder kommunistische, christliche oder atheistische, anarchistische, bürgerlich-liberale, ökologische, pazifistische und viele andere mehr.

Seit ihrer Herausbildung als „moderne“ Friedensbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird sie von den Kriegstreibern und Militaristen politisch verfolgt, diffamiert als Vaterlandsverräter, als ferngesteuert oder fünfte Kolonne des gerade aktuellen „Feindes“, als naiv, sich der Realität verweigern, politikunfähig. Die Diffamierung als „rechtsoffen“ (darunter auch „Querdenker“ oder „Antisemiten“) ist jüngerer Datums, aber sie erzielt durchaus Wirkung. Mit ihr setzen wir uns in diesen Thesen auseinander.

1. Die Friedensbewegung als breites gesellschaftliches Bündnis war immer geprägt von einer Vielzahl unterschiedlicher Analysen und Meinungen zu friedenspolitisch relevanten Fragen. Kontroversen – wie aktuell in der Bewertung von Vorgeschichte und Hintergründen des Ukraine-Krieges – stehen aber gemeinsamen, prägnanten Forderungen nicht entgegen.

2. Die Friedensbewegung war schon immer Diffamierungen ausgesetzt. Neu ist gegenüber früher, dass dieses bei uns durch Kräfte aus Organisationen erfolgt, die bisher in der Friedensbewegung verwurzelt waren. Damit werden innerhalb von großen Mitgliedsorganisationen tiefgehende Widersprüche provoziert, da in ihnen zugleich nach wie vor Menschen aktiv sind, die Stigmatisierung und Ausgrenzung ablehnen. Dasselbe gilt für wichtige Partner der Friedensbewegung, wie Gewerkschaften oder kirchliche Kreise.

3. Der Hintergrund dieser Entwick-

lung ist der enorme Druck, den die herrschenden Eliten und ihre Medien auf friedensliebende Kräfte jeglicher Art ausüben. Sie engen den Debattenraum auf erschreckende Art und Weise ein und drohen vom Mainstream abweichenden Meinungen mit Strafen und Berufsverboten.

4. Aus Sicht der NATO will und muss der Westen den Krieg in der Ukraine gewinnen. Zu Beginn des Krieges mag das noch anders gewesen sein, aber inzwischen geht es den NATO-Falken und ihrem militärisch-industriellen Komplex um die Aufrechterhaltung ihrer Dominanz in der Welt; sie wollen die (Zeiten-)Wende von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt brechen, mindestens jedoch aufhalten. Das begründet ihre Feindschaft und Unversöhnlichkeit gegenüber allen Kräften, die auf Diplomatie, Kompromisse, Abrüstung setzen.

5. In der deutschen Politik hat die Zeitenwende bereits 1999 stattgefunden, als Grüne und die SPD mit Pazifismus und/oder militärischen Zurückhaltung brachen und im Jugoslawienkrieg zu Bellizisten wurden. Der aktuell eskalierende Bellizismus weist zudem Parallelen zur 1914 geschürten Kriegshysterie auf, bei der eine historisch belegte Anti-Kriegs-Stimmung in der Bevölkerung von Politik und intellektuellen Eliten umgedreht werden konnte. Bereits damals spielten anti-russische Stimmungen eine große Rolle. Es war Karl Liebknecht, der dazu mit seinem Aufruf „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ eine Gegenbewegung ermuntern konnte.

6. Aktuell werden links und rechts als politische Koordinaten durch eine totalitäre Meinungsmache der politischen „Mitte“ demontiert. Mittlerweile gilt als „rechts“ nahezu jegliches vom Normativen abweichende Verhalten.

7. Für viele Menschen, die sich in den letzten Jahren (neu) politisiert haben

- vor allem durch die Corona-Politik der Bundesregierung und deren Absolutheitsanspruch - erscheint der Begriff links nicht mehr als aufklärerisch, sondern eher als denunziatorisch. „Links“ wird zunehmend als Synonym für inhaltsleere Abgrenzung, als Beschimpfung und Beleidigung durch vermeintlich „Rechte“ wahrgenommen. Dabei ist rechts die Auffassung, Krieg und Militarisation seien notwendig und sinnvoll, rechts ist das Denken in Feindbildern, die Meinung, dass unterschiedliche Menschen- und Individuen unterschiedliche Wertigkeiten und Rechte hätten, rechts ist autoritär, nach unten tretend und nach oben katzbuckelnd.

8. Wir verstehen uns als Linke in der Friedensbewegung; nicht, um uns von anderen abzugrenzen, vielmehr um uns kenntlich zu machen. Friedenspolitische Grundsätze sind für uns: Antimilitarismus, internationale Solidarität und ein Antifaschismus, der die historischen Umstände, die 1933 zur Machtübergabe an die Nazis geführt haben, zugrunde legt und in ihren heutigen Erscheinungen dechiffriert. In unserem Engagement für den Frieden blicken wir auch auf Besitz- und Machtverhältnisse, auf geostrategische Interessen, wir analysieren soziale Gleichheit bzw. Ungleichheit hierzulande und weltweit. Frieden und Demokratie und Menschenrechte, Frieden und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gehören für uns zusammen.

9. Wer sich links verortet, sollte dazu stehen. Wer linke Positionen aufgibt, um im Mainstream anzukommen, spielt den Ball denjenigen zu, die rassistische und militaristische Positionen vertreten, aber sich aufgrund ihrer Anhängerschaft oder anderweitiger politischer Opportunität einer strategisch-taktischen Friedensrhetorik bedienen.

10. Wir demonstrieren aus gegebenen Anlässen mit allen Menschen, die



ehrlichen Herzens den jeweiligen Aufruf teilen und setzen uns dafür ein, nur solchen Kräften ein Podium zu bieten. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Beurteilung der Aufrichtigkeit eher eine Sache des historischen Bewusstseins und der politischen Erfahrung als einer Überprüfung ist.

11. Wir wenden uns entschieden gegen eine „Abgrenzeritis“, die ohne Bezug auf eigene friedenspolitische Grundsätze erfolgt. Begriffe wie „rechtsoffen“ (auch „Querdenker“ als Schimpfwort oder der leichtfertige politische Todesstoß „Antisemitismus“) spiegeln nicht linke Denkungsart. Es sind Erfindungen von rechts, um die Bewegung zu spalten. Sie entfalten allerdings ihre Wirkung erst, wenn sie nicht nur „von außen“ den Bewegungen angeheftet werden, sondern sich auf eine „innere Zeugenschaft“ stützen können. Die wiederum arbeitet häufig mit Lügen wie gefälschten oder aus Zusammenhängen heraus gerissenen Zitaten oder indem sie willkürlich und fälschlich Ereignisse oder Äußerungen einander zuordnet, die nichts miteinander zu tun haben.

12. Wir wollen Organisationen und Parteien nach ihrer Programmatik und nicht nach kritikwürdigen Auftritten einzelner Protagonisten beurteilen. Willkommen sind alle, die ehrlichen Herzens für Frieden eintreten. Wer aber meint, Friedenskundgebungen in rechte Versammlungen ummünzen zu müssen, soll zu Hause bleiben.

13. Wir wollen Einzelpersonen, die als „umstritten“ oder „rechtsoffen“ dargestellt werden, nach der Gesamtheit ihrer inhaltlichen Aussagen beurteilen und kämpfen hierbei für wahrheitsgemäße Darstellungen. Wir suchen bewusst die Zusammenarbeit mit Kräften, die sich der Friedensfrage „neu“ annähern. Wir wollen deren politische Sozialisierung verstehen und mit ihnen argumentative Ansätze für eine offene und ehrliche Diskussion finden.

14. Menschen, die ihre Geschichte nicht kennen, sind dazu verdammt sie zu wiederholen. Das beziehen wir auf Schlüsseljahre der deutschen Geschichte wie 1914 und 1933. Wir selbst sehen deshalb

ein entsprechendes historisches Bewusstsein als Schlüsselement unseres aufklärerischen Ansatzes.

Kontakt: info@frieden-links.de ;
Info: <https://frieden-links.de>

Die Frieden-links-Initiative:

Reiner Braun, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Wolfgang Gehrcke, Berlin, Mitglied des Gesprächskreises Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Heike Hänsel, Tübingen, Die LINKE

Ulla Jelpke, Berlin, Mitherausgeberin von ‚Ossietzky‘, Mitglied u.a. in ‚Sea-Watch‘

Kristine Karch, Düsseldorf, Co-Sprecherin internationales Netzwerk ‚No to war – No to NATO‘, Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin, Nahost- und Islamwissenschaftlerin, Konfliktforscherin Ekkehard Lentz, Bremen, Sprecher Bremer Friedensforum

Pascal Luig, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss), Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Dr. Alexander Neu, Rhein-Sieg-Kreis, Politologe

Willi van Ooyen, Frankfurt/M., Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Ostermarschbüro

Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht, Bündnis für Gerechtigkeit und Frieden zwischen Israelis und Palästinensern (BIP)

Karl Heinz Peil, Frankfurt/M. Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des ‚Friedensjournal‘

Christiane Reymann, Berlin, Publizistin

Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde, Politikwissenschaftler und Friedensforscher, Kasseler Friedensforum, Mitglied des Gesprächskreises Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bernhard Trautvetter, Essen, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA, GEW

Dr. Winfried Wolf, Michendorf, Chefredakteur Zeitung gegen den Krieg

Am Montag, 26. Juni 2023 hatte der Ukraine Kreis zu einem Webinar:

Ist die Friedensbewegung rechtsoffen?

Rechtsoffenheit – Kampfbegriff oder reales Problem?“ eingeladen.

Der Hauptreferent war Prof. Hajo Funke, einer der führenden Experten zu den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland.

250 Interessierte haben am Webinar teilgenommen.

Nach 14 Monaten Krieg werden die Stimmen für einen Verhandlungsfrieden in der Ukraine immer stärker. Aus dem Globalen Süden kommen mehrere Vermittlungsinitiativen, eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet Verhandlungen, und immer mehr realistische Kräfte der westlichen Eliten, wie der Chef des US-Generalstabs, halten einen militärisch erzwungenen Siegfrieden für Illusion.

Das bellizistische Lager, angeführt von der Bundesregierung reagiert unter massiver Schützenhilfe durch die staatstragenden Medien mit der Verschärfung der Attacken gegen die Befürworter eines Kompromissfriedens, u.a. mit dem Vorwurf, sie seien offen für ein Zusammengehen mit der extremen Rechten.

Auch einige Kräfte, die sich als links oder Teil der Friedensbewegung verstehen, machen sich diese Argumentation zu eigen. Dabei berufen sie sich darauf, dass auch die AfD für Verhandlungen eintritt und Teile der Bewegung gegen die staatliche Coronapolitik sich heute friedenspolitisch engagieren.

Ist also etwas dran, am Vorwurf der Rechtsoffenheit? Oder handelt es sich um einen ideologischen Kampfbegriff, mit dem das Friedenslager diffamiert und gespalten werden soll?

Das Video ist online zu finden unter:
https://archiv.frieden-und-zukunft.de/userfiles/media/2023-06-26_Webinar-Rechtsoffen.mp4

Anmerkung von Thomas Rödl: Die hier dokumentierten Beiträge sind nicht widerspruchsfrei. Es gibt keine Struktur der Friedensbewegung - z.B. ein Diskussionsforum im Internet - wo unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen neutral vorgestellt und diskutiert werden könnten. Das gilt auch für die DFG-VK.

Weitere Kommentare und Meinungsartikel finden sich in den früheren Ausgaben von PAX AN: <https://dfg-vk-bayern.de/pax-an/> sowie in Kommentaren und Leserbriefen in der „Zivilcourage“, Magazin der DFG-VK <https://zivilcourage.dfg-vk.de/>

Rede von Julian Mühlfellner (DFG-VK Bayern), beim

Ostermarsch der Friedensinitiative Landshut

am 10. April 2023 in Landshut

(mit nachträglichen Korrekturen, Ausführungen und Verweisen)

Liebe Leute in Landshut,

schön, dass Ihr heute hier seid. Ich heiße Julian Mühlfellner, ich bin bei der Deutschen Friedensgesellschaft in München aktiv und ich möchte mich ganz herzlich bei Rosa Jaufmann-Keil und der Friedensinitiative Landshut für die Einladung bedanken, heute hier sprechen zu dürfen.

Es gibt so viel zu sagen. Ich bin immer wieder fassungslos, wie sich die Ereignisse überschlagen und ich war heillos überfordert damit, einen kohärenten Text für diese Rede zu schreiben.

Um nur ein paar Beispiele aktueller Krisen zu nennen: die eskalierende Gewalt in Israel, hauptsächlich vonseiten israelischer Sicherheitskräfte gegen Palästinenserinnen und Palästinenser und arabische Israelis. Der türkische Terror gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei, Syrien und Irak. Die Hölle auf Erden, die die Menschen im Stellvertreterkrieg zwischen Saudi Arabien und Iran im Jemen immer noch durchmachen.

In all diese Kriegs- und Krisengebiete liefert Deutschland Waffen (siehe SIPRIs Arms Transfers Database). Wenn also hierzulande Waffenlieferungen in Kriegsgebiete damit entschuldigt werden, dass sie der Verteidigung von Freiheit und Demokratie dienen, dann ist das eine durchschaubare und zynische Lüge. Saudi Arabien fördert nicht die Demokratie, indem es im Jemen wahllos Hochzeiten, Beerdigungen und Schulbusse bombardiert.

Aber auf all das kann ich jetzt nicht näher eingehen. Denn mit dem Schlagwort "Waffenlieferungen" sind wir leider schon wieder bei dem einen, allumfassenden Thema, das allen anderen Themen das Licht raubt. Denn in Deutschland, beziehungsweise in deutschen Medien, existiert kein Krieg, außer dem Krieg in der Ukraine. Es existiert auch kein Klimawandel, kein Artensterben, keine existenzielle Bedrohung mehr, außer dem Krieg in der Ukraine.

Die Militarisierung des Denkens und des öffentlichen Raumes – ganz zu schweigen von der tatsächlichen Aufrüstung – die wir in Deutschland gerade durchmachen, wird fast ausschließlich mit dem Krieg in der Ukraine begründet. An der Frage des Umgangs mit diesem Krieg entscheidet sich momentan die Zukunft der deutschen und europäischen Außen- und "Verteidigungs"politik.

Weil dieses Thema so zentral ist, denke ich, müssen wir nach über einem Jahr darüber reden, was die Friedensbewegung erreicht hat – beziehungsweise was sie nicht erreicht hat. Und was wir vielleicht anders machen können, um mehr zu erreichen.

Wir haben eine leichte Verbesserung gesehen in den Umfragewerten bezüglich Waffenlieferungen, die jetzt weniger Menschen in Deutschland unterstützen als letztes Jahr. Und es bewegen sich jetzt viel mehr Menschen auf die Straße unter dem Slogan "Frieden schaffen ohne Waffen", auch wenn viele dieser Menschen der traditionellen Friedensbewegung nicht geheimer sind, weil sie oft eng vernetzt sind mit der sogenannten Querdenker-Szene und rechten Kräften (siehe z.B. Melchior Ibing, Organisator der "Macht Frieden"-Demo in München). Aber dazu haben wir schon etwas von Rosa gehört.

Ob diese Ergebnisse irgendwie auf die Aktivitäten der Friedensbewe-

gung zurückzuführen sind, ist schwierig zu bestimmen. So oder so liegt die Vermutung nahe, dass weder der leichte Umschwung in Umfragewerten noch der neue Friedensaktivismus in absehbarer Zeit dazu zu führen werden, dass sich an deutscher Politik tatsächlich etwas ändert.

Da muss sich aber etwas ändern. Wir haben eine lange Liste an Forderungen, nachzulesen im Ostermarsch-Aufruf der Friedensinitiative Landshut, zum Beispiel:

- Den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine,
- den Stopp aller Rüstungsexporte, auch in die Ukraine,
- keine Militarisierung der Gesellschaft und keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und
- die Aufnahme von Geflüchteten und den menschenwürdigen Umgang mit ihnen.

Doch eines der vielen Probleme der Friedensbewegung ist, dass wir uns oft nicht konkret vorstellen können, wie wir diese Ziele eigentlich erreichen. Teilweise haben wir nicht einmal die Hoffnung, dass wir sie wirklich erreichen können.

Das geht auch anders.

Denkt zum Beispiel an die Klimabewegung, im Speziellen die Letzte Generation. Die Letzte Generation weiß ganz genau, was sie wollen und wie sie es anstellen. Sie lassen sich nicht ignorieren. Sie zwingen die Bevölkerung und die Medien dazu, zuzuhören.

Ob das zum gewünschten Ergebnis führt, ist eine andere Frage. Aber zumindest haben sie einen Plan, nach dem sie vorgehen. Ich würde mir wünschen, dass auch die Friedensbewegung so einen Plan entwickelt. Und daraus wieder Hoffnung schöpfen kann.

Ich habe diesen Plan leider nicht. Aber ich habe ein paar Ideen darüber, wie wir die Positionen der Friedensbewegung besser rüberbringen können. Und ich habe auch Ideen für diejenigen unter Euch, die sich nicht schon zur Friedensbewegung zählen, aber Sympathien für unsere Forderungen haben. Darüber möchte ich heute sprechen.

Für die Friedensbewegung habe ich zwei Ideen:

1. Lasst uns zu unseren Schwächen stehen
2. Lasst uns unsere Positionen greifbarer machen

Für unsere Sympathisantinnen und alle anderen Neugierigen habe ich zwei Vorschläge:

1. Lasst Euch nicht einschüchtern
2. Tretet Friedensorganisationen bei

Lasst uns zu unseren Schwächen stehen

Es gibt Argumente für Waffenlieferungen, für Atomwaffen und für die NATO, auf die wir keine passende oder abschließende Antwort haben. Um als Friedensbewegung glaubhaft zu sein – und dadurch für Außenstehende überzeugend zu wirken – sollten wir diese Schwächen eingestehen.

Ein Argument für Waffenlieferungen, das wir nicht vollständig entkräften können, ist, dass die Ukraine ohne Waffen Menschenrechte, Demokratie und ihre Selbstbestimmung nicht verteidigen kann.

Wir können sehr wohl entgegnen, dass sie Menschenrechte ebenso wenig mit Waffen verteidigen kann. Dass der Akt der militärischen Verteidigung eben diese Menschenrechte zerstört, die eigentlich verteidigt werden sollen. Dass ukrainische Kräfte im Zuge der militärischen Selbstverteidigung schon seit 2014 Zivilisten foltern und töten. Wer glaubt, das sei russische Propaganda, lese bitte Berichte von Amnesty International, Human Rights Watch oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Wir können auch entgegnen, dass die Ukraine die Demokratie nicht mit Waffen verteidigen kann. Dass es im Kriegszustand und unter militärischen Hierarchien und Zwängen so etwas wie Demokratie kaum geben kann. Dass die Überhöhung militärischer Stärke rechte und anti-demokratische Kräfte stärkt. Wer das nicht glaubt, der bedenke die Heldenverehrung für Kämpfer des Regiments Asow oder des Rechten Sektors. Letztens war sogar die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, die dafür gesorgt hat, dass Finnland in die Nato kommt, in Kiew und hat dort einen getöteten Kämpfer des Rechten Sektors geehrt. Der hat einmal Schlagzeilen mit der wohl scherzhaften Behauptung gemacht, sein Wolf kaue gerne auf den Knochen russisch-sprachiger Kinder. Das sind die demokratischen Helden der Ukraine im Kriegszustand.

Und wir können entgegnen, dass die Selbstbestimmung der Ukraine denen geopfert wird, die die Ukraine militärisch aufrüsten. Die Ukraine ist fast restlos auf die finanzielle und militärische Unterstützung des Westens angewiesen. Wer denkt, der Westen wäre ein fairer Gläubiger, der schaue sich einmal die Ausbeutung an, die mit Darlehen des amerikanisch dominierten Internationalen Währungsfonds einhergeht. Ein kurzes Beispiel: überschuldete Staaten, die während der Pandemie auf solche Darlehen angewiesen waren, wurden gezwungen, ihr ohnehin katastrophales Gesundheitssystem noch weiter auszuschlachten. Dazu hat Oxfam einen Bericht geschrieben. Dieses Schicksal der Ausbeutung kennt die Ukraine nur allzu gut (auch die Ukraine hat schon Erfahrungen mit dem IWF, siehe z.B. folgenden Bericht, der die Ukraine für Finanzkonsolidierung lobt, die "hauptsächlich durch die Reduktion des effektiven Wertes von Gehältern und Sozialleistungen erreicht wurde"). Leider sieht auch die Zukunft unter der vollständigen Abhängigkeit vom Westen nicht rosig aus.

Aber – nach all diesen Entgegnungen – können wir eben nicht garantieren, dass die Ukraine, wenn sie ihre Waffen niederlegt und auf gewaltfreien Widerstand und Verhandlungen setzt, ihre Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung gegen die russische Aggression schützen kann. Wir können höchstens sagen, dass zumindest die Hoffnung besteht, dass Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung gewaltfrei erkämpft werden können. Wir können es nicht garantieren. Damit müssen wir offen umgehen, sonst werden wir unglaubwürdig.

Darüber hinaus gibt es ein Argument für die NATO und ihren atomaren Schutzschirm, auf das wir keine adäquate Antwort haben; nämlich, dass die Mitgliedschaft in der NATO zweifelsohne vor militärischer Aggression schützt.

Wir können entgegnen, dass dieser Schutz zu einem schrecklichen Preis erkaufte wird.

Die militärische Unantastbarkeit der NATO erzeugt nämlich eine Arroganz, die zu militärischer Aggression mit verheerenden Auswirkungen führt, so geschehen beispielsweise in Afghanistan, im Irak und in Libyen. Außerdem macht die Unantastbarkeit blind gegenüber den Sicherheitsinteressen anderer – egal wie berechtigt oder unberechtigt sie sind. Das führt zu Konflikten und Kriegen in Drittstaaten, momentan eben in der Ukraine und in der Zukunft wahrscheinlich in Taiwan.

Der Preis für den atomaren Schutzschirm ist auch unvorstellbar hoch, denn er bedeutet ein ständiges Brinkmanship – also ein Spiel mit dem Risiko der atomaren Vernichtung der Menschheit – derzeit zwischen der NATO und Russland und in der Zukunft wahrscheinlich zwischen der NATO und China.

Trotzdem müssen wir zugeben, dass die NATO und ihr atomarer Schutzschirm, ganz konkret in diesem Moment, die Mitglieder der NATO vor Angriffen schützen. Alle anderen haben eben Pech gehabt, aber wir sind sicher... solange die Atomraketen nicht fliegen.

Wir müssen also eingestehen, dass wir nicht auf jede Frage die perfekte Antwort haben. Ich denke, das macht es glaubhafter, im Anschluss zu argumentieren, warum die Antworten der Militaristinnen noch viel schlechter sind.

Lasst uns unsere Positionen greifbarer machen

Ich habe das Gefühl, Menschen in der Friedensbewegung neigen von Natur aus dazu, ihre Ideen in abstrakten Thesen zu formulieren und diese Thesen mit obskuren historischen Beispielen zu belegen: "Ja, im hundertjährigen Krieg war das so-und-so."

Ich denke, um unsere Forderungen für eher desinteressierte und uninformierte Menschen greifbarer zu machen – und somit viel mehr Leute für unsere Sache zu begeistern – sollten wir mehr über Einzelschicksale sprechen.

Ich möchte ein Erfolgsbeispiel nennen:

Ich empfinde den Stopp der Waffenlieferungen im Jahr 2018 von Deutschland an Saudi Arabien als einen der größten Erfolge der letzten Jahre für die deutsche Friedensbewegung.

Zur Erinnerung: Deutschland liefert gerne Waffen an Saudi-Arabien. Saudi-Arabien führt mit diesen Waffen im verarmten Nachbarland Jemen seit 2015 einen extrem brutalen Stellvertreterkrieg. Von Anfang an ging Saudi-Arabien mit unverhohlener Rücksichtslosigkeit gegenüber der Zi-



vilbevölkerung vor. Die UN nennt Jemen die schlimmste menschengemachte humanitäre Katastrophe der Welt. Dort sind nachweislich auch deutsche Waffen zum Einsatz gekommen, darüber hat die Deutsche Welle berichtet. Der deutschen Bundesregierung war das ganze eher wurscht. Sie lieferte munter weiter Waffen an Saudi Arabien.

Doch Ende 2018 war die Bundesregierung gezwungen, die Waffenlieferungen einzustellen. Nicht, weil die Bundesregierung angesichts des Massenmordes in Jemen plötzlich Gewissensbisse bekommen hätte. Sondern, weil der saudi-arabische Kronprinz, Mohammed bin Salman, in Istanbul einen Journalisten namens Jamal Kashoggi ermorden und seine Leiche zerstückeln ließ. Dieser Mord erweckte solch einen großen Aufschrei in Deutschland, dass die Bundesregierung gezwungen war, die Waffenlieferungen zu stoppen.

Deutschland war damit das erste Land unter seinen EU und NATO-Partnern, das diesen Schritt machte. In der Folge bereitete das deutsche Waffenembargo auch anderen Waffenexporteuren Probleme. Großbritannien hatte große Probleme mit der Lieferung von Eurofighter-Kampffjets an Saudi Arabien, weil die Eurofighter auch deutsche Bauteile enthielten, die ursprünglich vom Lieferstopp betroffen waren.

Das heißt, das ganze unfassbare Elend von ca. 30 Millionen Jemeniten hat in Deutschland nicht so viel Mitgefühl ausgelöst, wie der Mord und die Leichenschändung an einem einzigen Journalisten. Und dieses Mitgefühl hat dafür gesorgt, dass nicht nur deutsche Waffenlieferungen eingestellt wurden, sondern auch Waffenlieferungen aus anderen Ländern behindert wurden.

Man kann das zynisch und grausam finden. Doch wenn wir die Chance maximieren wollen, dass unser Aktivismus wirklich positive Ergebnisse hervorbringt, dann lehrt uns diese Studie, dass wir uns viel mehr auf Einzelschicksale konzentrieren sollten. Dass wir einzelne Fälle finden und publizieren sollten, anhand derer die schrecklichen Auswirkungen von Waffenlieferungen für jede noch so uninformierte Bürgerin verständlich werden.

Zurück zum Ukraine-Krieg: Nur einen Monat nach Beginn der Invasion der Ukraine, im April 2022, wurde ein Video von der BBC veröffentlicht, in dem ukrainische Soldaten einen verletzten russischen Soldaten brutal ermorden und dabei "Slava Ukraini," also "Ruhm der Ukraine", rufen.

Es gibt sie also, die Einzelschicksale, auf Kamera, die zeigen, wie grausam und sinnlos der Krieg auf allen Seiten ist – und wie deutsche Waffen diese Grausamkeit ermöglichen. Ich denke, wir müssen noch mehr auf solche Einzelfälle aufmerksam machen, um unsere Position noch greifbarer zu machen.

Also, um das ganze zusammenzufassen: Ich denke, es wäre hilfreich, wenn

wir erstens ehrlicher zu unseren Schwächen stehen und zweitens, unsere Positionen greifbarer und einfacher zu verstehen machen.

Jetzt noch zwei kurze Tipps für diejenigen, die sich nicht zur Friedensbewegung zählen, aber Interesse an unseren Positionen haben und Gewaltfreiheit gut finden.

Lasst Euch nicht einschüchtern

IndenMedienwirktesso,alsgäbeeskeinevernünftigenMenschen, die für Gewaltfreiheit einstehen. Nur Rechtsextremist*innen, Putin-Fans und Verschwörungstheoretiker*innen. Zu denen will man nicht gehören.

Aber das stimmt nicht. Wahrscheinlich denk jeder und jede zweite in Deutschland ähnlich wie Ihr, hat Zweifel an Waffenlieferungen, Zweifel an der Weisheit von Scholz, Baerbock und Pistorius.

Und zu recht! erinnert Euch an das Versagen der Bundesregierung und der Bundeswehr im Krieg in Afghanistan. Die haben über zwanzig Jahre in Afghanistan nur Scheiße gebaut und plötzlich sind sie die Autorität in Sachen Krieg und Frieden?

Also, lasst Euch Eure Zweifel nicht ausreden. Lasst Euch nicht einschüchtern und sagt offen Eure Meinung!

Tretet Friedensorganisationen bei

Das ist natürlich schamlose Eigenwerbung, aber das ist wichtig. Wir in der Friedensbewegung wirken vielleicht alle ein bisschen verrückt, aber eigentlich sind wir nur besorgt über die Gegenwart und die Zukunft und versuchen, die Dinge zum Besseren zu wenden. Dabei brauchen wir Eure Hilfe.

Und wenn Ihr Euch macht- und hoffnungslos fühlt, dann kann ich Euch aus eigener Erfahrung versprechen: aktiv sein hilft. Werdet aktiv in Flüchtlingsvereinen, in der Klimaschutzbewegung oder in der Friedensbewegung. Zum Beispiel in der Deutschen Friedensgesellschaft oder in der Friedensinitiative Lands hut – aber egal wo. Es hilft.

Vielen Dank und frohe Ostern!

Manuskript hier:

<https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2023/04/230410-Ostermarsch-Rede.pdf>

Weitere Beiträge von SprecherInnen der DFG-VK Bayern zum Ostermarsch:

Maria Feckl in München:
<https://www.muenchner-friedensbuendnis.de/Maria-Feckl-Ostermarsch-Muenchen-2023-8.4.2023-Marienplatz>
<https://friedenskonferenz.info/ostermarsch-muenchen-2023/>

<https://www.friedenskooperative.de/>

